

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5246. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Augustastraße 8. Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Gewerkschaftskampf und Reichstagswahl. Das Kampffahr. Rundschau. Die Schutzzollpolitik und die Arbeiter, I. Die Reichstagswahlen, die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen. — **Allgemeines:** Glossen zur Bewegung, I. Was die Kämpfer schreiben, I, II. Ortsberichte: Barmen, Frankfurt a. M. — **Photograph. Mitarbeiter:** Angewandte Photographie. **Feuilleton:** Ein neues Jahr. Der Sieger. Vom Büchertisch. **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Streik- und Aussperrungsorte:

Altwater. Aschaffenburg. Barmen. Berlin. Bielefeld. Braunschweig. Bremen. Breslau. Cassel. Chemnitz. Crefeld. Crimmitschau. Döbeln. Dresden. Düren. Frankfurt a. M. Freiburg i. Schl. Fürth. Gera. Halberstadt. Halle a. S. Hamburg. Hannover. Heilbronn. Höchst a. M. Hofgöhlenau. Höxter. Kempen. Rhld. Kiel. Kirchhain N.-L. Lahr i. B. Leipzig. Lindenruh b. Glogau. Lübeck. Magdeburg. Mainz. Mannheim. Mügeln b. Dresd. Mühlhausen i. Thür. Nerdau. Niedersieditz. Nürnberg. Offenbach a. M. Rheyd. Saalfeld. Schleifau. Schwabach. Stettin. Stuttgart. Würzburg. Wurzen. Zeitz.

Bei jedem Stellenwechsel, auch am Ort, muß unbedingt vor Annahme des Engagements Auskunft eingeholt werden!

Gewerkschaftskampf und Reichstagswahl.

Ein Jahr des Kampfes ging zur Rüste, ein neues Kampffahr stieg herauf, Grade um die Jahreswende tönten die Kampftrübe: Hie Kapital! Hie Arbeit! lauter denn je. Der Wahlkampf hat das ganze öffentliche Leben erfaßt. Er gestaltet sich immer mehr zu einem Klassenkampfe im vollen Sinne des Wortes. Die Arbeiterklasse rennt Sturm gegen die geschlossenen Reihen der Vertreter des Kapitals. Die Klasse der Besitzlosen ringt gegen die Klasse der Besitzenden um politischen Einfluß, um politische Macht. Und die Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 müssen zu einer bedeutungsvollen Etappe in diesem Sturme des Proletariats gegen die Herrschaftsprivilegien der Besitzenden werden.

Und neben diesem großen politischen Kampfe, an dem auch das letzte Glied der arbeitenden Klasse tatkräftigen Anteil nehmen sollte, spielt sich das ständige und ununterbrochene Ringen der Besitzlosen um wirtschaftliche Vorteile, um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ab, das im Gewerkschaftskampfe seinen Ausdruck findet. Unter allen deutschen Berufsverbänden der Arbeiter hat gerade unsere Organisation von 1911 zu 1912 einen Kampf zu bestehen, wie er größer und schwerer in unserm Gewerbe noch nicht geführt worden ist, einen Kampf, der lange vor dem Ablauf des alten Jahres begann, der aber nicht mit ihm zu Ende ging, sondern der auch im neuen Jahre mit ungeschwächter Kraft fort dauert und der von der Arbeiterschaft unermüdlich und ausdauernd durchgeführt werden muß bis zu einem ehrenvollen Frieden!

Gegenüber den neuerlichen Versuchen der Unternehmerpresse, das von den Gehilfen gestellte Kampfobjekt als unberechtigt und undurchführbar hinzustellen, sei grade beim

Jahreswechsel noch einmal auf die Ursachen der Forderungen der Gehilfenschaft mit einigen Sätzen hingewiesen.

Seit dem letzten großen Kampfe der Lithographen und Steindrucker im Jahre 1906 hat sich für die Arbeiter des Gewerbes vieles verändert. Das tritt besonders augenfällig im Steindruck in die Erscheinung. Die Schnellpressen mit kleineren Formaten wurden mehr und mehr ausgeschaltet. An ihre Stelle traten Schnellpressen mit Formaten, die in vielen Fällen einer Verdoppelung gleichkamen. Mit dieser ständigen Vergrößerung der Formate ging eine langsame aber stetige Steigerung der Auflagenziffern parallel, die ebenfalls oft bis zu einer Verdoppelung der früher üblichen Auflagenziffern führte. Viele Firmen stellten außerdem Rotationsmaschinen auf, an denen das Vielfache dessen, was an Flachdruckpressen möglich ist, geleistet werden kann. Alle diese Umstände trugen natürlich zu einer gewaltigen

der Arbeit überhaupt steigerte natürlich gleichlaufend auch ihre Produktivität, wovon aber fast ausschließlich die Unternehmer den Vorteil hatten, während bei den Arbeitern die Lohnsteigerung gegenüber der gewaltigen Steigerung der Ausnutzung der Arbeitskraft gar nicht in Frage kommt. Das wurde für die Arbeiter um so fühlbarer, als in dem letzten Jahrfünft eine derartige Steigerung der Preise für alle Lebensmittel und die notwendigsten Bedarfsartikel einsetzte, daß das ganze arbeitende Volk gegenwärtig unter einer riesenhaften, schwerdrückenden Teuerung stöhnt. Und diese Umstände verlangten unabwieslich eine Erhöhung des Lohnniveaus, was in den Gehilfenforderungen auf Erhöhung der Mindestlohnsätze und auf Durchführung einer allgemeinen, den Teuerungsverhältnissen entsprechenden Lohnzulage zum Ausdruck kam.

Aber mit der gesteigerten Ausnutzung der Arbeitskraft und der Erhöhung ihrer Produktivität hielt auf der andern Seite die Steigerung des Absatzes der Erzeugnisse nicht gleichen Schritt. Die Folgen ihrer eigenen erhöhten Ausbeutung hatte auch in dieser Richtung die Arbeiterschaft des Gewerbes allein zu tragen. Das Unternehmertum wußte sich durch die Entlassung aller überschüssig gewordenen Arbeitskräfte gegen diese Folgeerscheinungen des Raubbaus an der menschlichen Arbeitskraft genügend zu schützen. Auf der Arbeiterschaft aber lastete wochen- und monatelange Arbeitslosigkeit, die in manchen Orten und zu manchen Zeiten ein Zehntel und mehr der gelernten Arbeitskräfte des Gewerbes brachlegte und die jetzt noch ständig 4 bis 5 Prozent der Gehilfenschaft umfaßt. Auch dieser Zustand heizte gebieterisch eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Beschränkung der Überzeitarbeit, daneben aber auch eine Revision der Lehrlingsskala in der Richtung, daß allen, die den Beruf erlernt haben und noch erlernen, das Fortkommen im Berufe auch gesichert ist.

Von diesen Gesichtspunkten aus wurden die Gehilfenforderungen formuliert. Sie sind in den gewerblichen und beruflichen Verhältnissen durchaus begründet.

Aber sie sind auch durchführbar! Die gesteigerte Produktivität der Arbeit hatte eine Erhöhung der Rentabilität der Betriebe zur Folge, die es den Unternehmern möglich machen müßte, die Gehilfenforderungen anzuerkennen, wenn nur der gute Wille dazu vorhanden wäre.

Die Dividendsätze vieler Aktiengesellschaften, die Rückschlüsse auf die Ertragnisse der anderen Firmen zulassen, und die hohen Löhne und sonstigen Zuwendungen an die »arbeitswilligen« Rausreißer des Unternehmertums liefern den besten Beweis dafür, daß das Gewerbe auch die »Belastung«, die die Anerkennung der Gehilfenforderungen zur Folge haben soll, ohne weiteres tragen könnte.

Aber der gute Wille, auch die Arbeiter an der durch die größere Ausnutzung ihrer Arbeitskraft herbeigeführten größeren Rentabilität teilnehmen zu lassen, war nur bei einer im Verhältnis zur Gesamtheit der von der Bewe-

Das Kampffahr.

Ein Kampffahr öffnet seine Pforten:
Nun steigt empor ihr an das Licht,
Ihr Sklavenheere: allerorten
Strömt ihr zum rächenden Gericht!

Euch wudis an eigner Kraft der Glaube!
Hart machte euch der Kampf ums Brot,
Weil euer Feind die Steuerschraube
Zog an zur bleichen Hungersnot.

Was ihr gedarbt, gekargt, gelitten:
Das neue Jahr drückt Euch das Schwert
Fest in die Hand. Auf denn, gestritten
Um alles, was da kampfeswert!

Nur Tage noch, dann dürft ihr legen
Schwer eure Stimmen ins Gewicht,
Und lebhaft werden selbst die Trägen,
Die taub sind, wenn die Zeit sonst spricht!

Der Tag der Wahl bringt ein Vergelten
Den ausgesog'nen Massen dar:
Dum mög'st du Sieg um Sieg uns melden,
Du neues Jahr — du Kampfesjahr!

Steigerung der Arbeitsintensität bei. Die Arbeitskraft des Personals an den Maschinen wurde in einem derart erhöhten Maße ausgenutzt, daß die Folgen für die Arbeiter bald in Form von Überanstrengung und anderen schweren Schädigungen bemerkbar werden mußten. Aber mit der Steigerung der Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft an den Maschinen hielt die der übrigen Sparten des Berufes gleichen Schritt. Der Ausbau des Kontroll-, Aufpasser- und Antreibersystems in den einzelnen Betrieben trug sein redlich Teil dazu bei. Alle diese Umstände forderten gebieterisch eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Veränderung ihrer willkürlichen Ausdehnung durch eine Beschränkung der Überzeitarbeit auf ein vernünftiges Maß und endlich das vollständige Ausspannen an einigen Tagen im Jahre durch eine Ferienpause.

Die Erhöhung der Formatgrößen und der Auflagenziffern, sowie die gesteigerte Intensität

gung erfaßten Firmen kleinen Zahl von Unternehmern vorhanden. Trotzdem liefert aber die Anerkennung der Gehilfenforderungen durch 40 bis 50 Firmen in den rund 50 Streik- und Aussperrungsorten einen weiteren Beweis für ihre Durchführbarkeit, denn was in den geregelten Betrieben möglich ist, kann doch in den übrigen Firmen nicht gut unmöglich sein!

Hinzu kommt, daß im Steindruckgewerbe einer ganzen Reihe fremder Staaten bereits bessere Verhältnisse wie in Deutschland bestehen und daß speziell die Arbeitszeit der Steindrucker in Österreich, Ungarn, der Schweiz, in Finnland, Dänemark, Norwegen, England, Amerika usw. weit kürzer ist wie die der deutschen Steindrucker. Schon dadurch wird der Einwand der Unternehmer, die Anerkennung der Gehilfenforderungen werde die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Steindruckgewerbes gegenüber dem Auslande schwächen, vollständig hinfällig. Was im Auslande durchgeführt werden konnte, läßt sich auch in Deutschland verwirklichen!

Alle diese Umstände und Tatsachen lehren, daß die berechtigten Gehilfenforderungen auch durchführbar sind. Trotzdem wurden sie vom Schutzverband der deutschen Steindruckunternehmer abgelehnt; trotzdem ließ es dieser Schutzverband zu dem gegenwärtigen schweren Kampfe kommen. Um die Unternehmer gegen die berechtigten und durchführbaren Gehilfenforderungen zu schützen, treibt sie der »Schutzverband« dem Ruin in die Arme; um die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Steindruckgewerbes gegenüber dem Auslande zu wahren, legt er einen großen Teil dieses Gewerbes monatelang brach, woran natürlich die ausländischen Unternehmer nur ihre helle Freude haben werden. *Bärendienste sind es, die der Schutzverband dem deutschen Steindruckgewerbe und seinem Unternehmertum geleistet hat!*

Für den Schutzverband ist der Kampf ein Machtkampf; für die Gehilfenschaft ein Ringen um die Anerkennung ihrer berechtigten und durchführbaren Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage. Der Schutzverband wird angespornt durch den Machtkitzel; die Gehilfenschaft handelt unter dem Einflusse zwingender Notwendigkeiten. Den Schutzverband trifft also allein die Verantwortung für den Kampf und die durch ihn herbeigeführten schweren Schädigungen des Gewerbes!

Und wie die Arbeiterschaft des Steindruckgewerbes in ihrem schweren gewerkschaftlichen Kampfe um eine gerechte Sache ringt, die ihr den Erfolg verbürgt, so kämpft das deutsche Proletariat in seiner Gesamtheit in dem gegenwärtigen großen politischen Kampfe um Ziele, die des vollen Eintretens jedes einzelnen Arbeiters wert und würdig sind. Besonders hat auch in diesem allgemeinen politischen Kampfe um die Zusammensetzung des deutschen Reichsparlaments die Arbeiterschaft des deutschen Steindruckgewerbes alle Veranlassung, im vollsten Maße ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Denn sie hat die Schädigungen der deutschen Zoll- und Handelsvertragspolitik und der Reichsfinanzreform mit am schwersten zu fühlen bekommen.

Zunächst als Produzenten, als Warenhersteller. Die deutsche Zollpolitik löste gleiche Maßnahmen im Auslande aus. Dadurch wurde gerade die Ausfuhr der Erzeugnisse des Steindruckgewerbes nach vielen Ländern außerordentlich erschwert, nach einzelnen fast ganz unterbunden. Mit der Beschränkung der Absatzgebiete hielt natürlich die Einschränkung der Produktion gleichen Schritt. Die Arbeiter hatten durch die dadurch hervorgerufene bedeutende Steigerung der Arbeitslosigkeit die Folgen zu tragen. In derselben Weise wie die Zoll- und Handelsvertragspolitik auf den Absatz nach dem Auslande, so wirkte die Reichsfinanzreform auf den Absatz im Inlande. Erinnert sei nur an die Tabaksteuer, die die Produkte verteuerte, dadurch die Absatzmöglichkeiten beschränkte und nicht nur zahlreiche Tabakarbeiter, sondern auch viele mit der Her-

stellung von Tabakpackungen beschäftigte Lithographen und Steindrucker brotlos machte.

Und mit diesen Schädigungen der Arbeiter als Produzenten lief ihre Schädigung als Konsumenten, als Warenverbraucher parallel. Die Sünden der herrschenden Klassen und ihrer parlamentarischen Vertreter hatten eine Teuerung zur Folge, die in den meisten Fällen das, was durch den gewerkschaftlichen Kampf errungen werden konnte, wieder aufhob oder gar mehrfach überbot.

Hinzu kommt noch, daß man die Bestrebungen der Arbeiter, sich für die Teuerung durch gewerkschaftliche Vorstöße zur Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen wenigstens einigermaßen schadlos zu halten, mit allen Mitteln durch eine Verschlechterung des Koalitionsrechts und durch ein neues Zudhausgesetz unmöglich zu machen versucht. Und gerade der Schutzverband deutscher Steindruckunternehmer und sein Organ leisten in der Hetze für neue Knebelungsgesetze gegen die Gewerkschaften das Menschenmögliche.

Mit der gesamten Arbeiterklasse haben also aus allen diesen Gründen in erster Linie die Gewerkschaftsmitglieder, und unter diesen wieder nicht zuletzt die Mitglieder unserer Organisation ein außerordentlich großes Interesse daran, für eine Zusammensetzung des deutschen Reichstages zu wirken, die gleiche schwere Schädigungen für die Folgezeit unmöglich macht. Daher müssen alle unsere Kollegen wie im gewerkschaftlichen Kampfe für die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage, so auch im politischen Wahlkampfe ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun. *Das vitalste Interesse als Produzent, als Konsument, als Gewerkschafter und als ausgebeuteter und unterdrückter Mensch erheischt es, daß kein Kollege bei der Reichstagswahl am 12. Januar 1912 einem Zollwucherer, Brotwucherer oder Koalitionsrechtsräuber seine Stimme gibt!*

Wie der gewerkschaftliche Kampf der deutschen Lithographen und Steindrucker und wie das große politische Ringen der deutschen Arbeiterklasse ausgehen wird, kann natürlich niemand voraussagen. Aber in beiden Fällen stehen die Aussichten äußerst günstig. Und wenn sich jeder einzelne Kollege und Arbeiter beim Beginn des neuen Jahres gelobt, zu jeder Stunde treu und tapfer seine volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun, dann muß in den schweren Kämpfen, die dem Jahreswechsel 1911/12 das Gepräge geben, der Erfolg endlich doch auf unserer Seite sein! Und in diesem Sinne: *Glück auf im neuen Jahre!*

Rundschau.

Gewerkschaften und Reichstagswahl. Daß der Reichstagswahlkampf für die Gewerkschaften ein Vorgang von ernster Bedeutung ist, begründet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im »Korrespondenzblatt« Nr. 50 wie folgt: »Die Gewerkschaften insbesondere haben an dem Ausgange der Reichstagswahlen ein hohes Interesse, sowohl in Rücksicht auf ihre fernere ungehinderte Existenz und Entwicklung als auch hinsichtlich der Verwertung ihrer Tätigkeit und Erfolge. Ohne Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht können die Gewerkschaften nicht bestehen; jede Verschlechterung dieser Gesetze beeinträchtigt und gefährdet ihre Entwicklung aufs schwerste. Auch von der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung hängt ein gutes Teil der Wirksamkeit der Gewerkschaften ab, weshalb diese auch bemüht sind, alle Arbeitervertretungen in diesen Zweigen mit gewerkschaftlich geschulten Elementen zu durchdringen. Wie schwer eine schlechte Wirtschafts- und Steuerpolitik die gewerkschaftliche Arbeit zu schädigen vermag, hat uns die deutsche Schutzzoll- und Finanzgesetzgebung reichlich bewiesen. Andererseits kann selbstverständlich eine gute Wirtschaftspolitik nicht bloß den Interessen der Industrie, sondern auch denen der Arbeiter und Gewerkschaften von Nutzen sein. Und sahen sich die Gewerkschaftsvertretungen der Kulturstaten nicht mehrfach gezwungen, gegen die steten Rüstungen und die Weltmarktpolitik Stellung zu nehmen und für den Frieden zu wirken, weil ein Krieg namenloses wirtschaftliches und soziales Elend über die arbeitende Bevölkerung heraufbeschwören würde?« Aus diesen Gründen erwartet die Generalkommission, daß der 12. Januar 1912 ein Wahlergebnis zeitigen werde, das den Arbeitern einen für allemal die Möglichkeit nimmt, die

Volksrechte zu verkümmern oder die Arbeiterklasse zu schädigen. Das ist auch unser Neujahrswunsch!

Geschäftsergebnisse. Die Firma Carl Fleming, Verlag, Buch- und Kunstdruckerei Akt.-Ges., Glogau-Berlin hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre nach 24080 Mk. (i. V. 25049 Mk.) Abschreibungen und 23247 Mk. (i. V. 59681 Mk.) besonderen Abschreibungen und Rückstellungen einen Gewinn von 31443 Mk. (i. V. 8687 Mk.), um den die Unterbilanz auf 343196 Mk. sinkt bei 1 Million Aktienkapital.

Die Neue Photographische Gesellschaft in Steglitz-Berlin hat, wie die Direktion in der außerordentlichen Generalversammlung vom 29. Dezember offen eingestehen mußte, Ende November dicht vor dem Konkurse gestanden. Gegenwärtig könne mitgeteilt werden, daß, wenn auch einzelne Zweige zurzeit durch ungünstige Preise kein befriedigendes Ergebnis liefern, doch anzunehmen sei, daß die Gesellschaft durch Sanierung auf finanziell sichere Grundlagen gestellt werde, und es sei alsdann auf befriedigende Resultate zu rechnen. Die Aktionäre werden also weiter vertröstet, um sie dafür zu gewinnen, neue Mittel für die Gesellschaft und zu ihrer Sanierung flüssig zu machen. Von besonderem Interesse sind für uns folgende weiteren Mitteilungen der Direktion: Die Dresdener Bank habe der Gesellschaft das unverbindliche Angebot gemacht, die N. P. G. mit der Rotophot-Gesellschaft und mit der Schwerdtfeger-Gesellschaft zu fusionieren. Die Verwaltung habe den Plan nicht ohne weiteres abgelehnt. In der nächsten Generalversammlung werde sich zeigen, ob die Möglichkeit zur Durchführung der Sanierung bestehe, alsdann dürfte Anfang Februar eine neue Generalversammlung stattfinden, die über die weiteren Maßnahmen beraten werde. Sollte die Sanierung scheitern, so bleibe den Aktionären noch die Wahl zwischen einer Fusion oder der Anmeldung des Konkurses. Die Aktionäre der Gesellschaft schlossen sich zu einer Aktionärvereinigung zusammen und wählten eine dreigliedrige Kommission, die versuchen soll, die Interessen der Aktionäre wahrzunehmen und einen Einblick in die Lage der Gesellschaft zu gewinnen. Das ist ein Mißtrauensvotum für den Generaldirektor Schwarz in schärfster Form.

Die Bromsilberkonvention, die seinerzeit unter der Bezeichnung »Photographische Reproduktionsanstalten, G. m. b. H.« begründet wurde, wird wahrscheinlich in die Brüche gehen. Am 15. Dezember fand eine Versammlung der Konvention statt, als deren Ergebnis die vorläufige Verlängerung der Konvention bis zum 15. Februar 1912 bezeichnet wurde. Eine weitere am 22. Dezember abgehaltene Versammlung soll nur Formfragen zu regeln gehabt haben. Bald darauf wurde aber den Machern in der Konvention arg in die Suppe gespußt, da eine ihr bisher angehörende Firma am 24. Dezember erklärte, den gefaßten Beschlüssen nicht beitreten zu können. Da laut Konventionssatzung Einstimmigkeit zu allen Beschlüssen gehört, so waren rechtsverbindliche Entschlüsse infolge dieses Widerspruchs nicht zustande gekommen. Die Versuche zur Verlängerung der Konvention können somit als gescheitert betrachtet werden.

Vernünftige Urteile vernünftiger Unternehmer über die Gewerkschaften. Anlaßlich einer Tarifbewegung der im Metall- und Fabrikarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Maggiwerken in Singen, die zum Abschluß eines vierjährigen Tarifvertrages führte, der für 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von 90 Pfg. bis 4.80 Mk. pro Woche und einen Sommerurlaub brachte, äußerte sich Herr Maggi: »Wir betrachten die Gewerkschaften als Pioniere des Kulturfortschrittes und sind um so mehr geneigt, ihre Bestrebungen zu unterstützen, als wir in ihnen das Mittel zur Ordnung der sozialen Frage auf dem Wege der Evolution erblicken.« Die Leitung des Maggi-Unternehmens stehe nicht auf dem veralteten Standpunkt, absoluter Herr im eigenen Hause sein zu wollen. »Wir haben von jeher in unseren Arbeitern und Beamten nicht Maschinen, sondern Mitarbeiter in der gemeinsamen Aufgabe erblickt und das Recht der Persönlichkeit in ihnen geachtet. Auch sind wir willens, den Einfluß der Arbeiterschaft auf den Fabrikbetrieb noch weiter zu stärken.« Demzufolge haben die Organisationsvertreter das Recht, an den Sitzungen des Arbeiterausschusses mit der Firma teilzunehmen. Die Scharfmacher im Unternehmerlager werden eine solche Stellungnahme sicher nicht begreifen und nicht billigen.

Was unser Verbandsorgan sagt: Lieber Leser! Ich spreche zu Dir, weil ich es fast täglich erfahre, wie man an mir sündigt! Ich gebe Dir deshalb einige Winke, die Du beherzigen mögest. Wenn ich zu Dir komme, behandle mich als alten Freund und wirf mich nicht ungeachtet in eine Ecke. Betrachte mich von allen Seiten und mache mich zu Deinem Eigen; lerne von mir, denn nur Wissen ist Macht. Gib mir Stoff, damit es die Öffentlichkeit erfährt, wie es zugeht, denn nur dadurch kann Dir und der Allgemeinheit geholfen werden. Sobald Du meiner Dienste nicht mehr bedarfst, führe mich zu einem anderen, der mich noch nicht kennt. Freue Dich, mich zu sehen, wie ich mich freue, Dich zu sehen; denn ich bin ein laues, aber ein wichtiges Stück Deiner Organisation.

Zum neuen Hilfsarbeitertarif im Buchdruckgewerbe äußert sich die „Solidarität“, das Organ des Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiterverbandes, u. a. wie folgt: Es ist also noch in letzter Stunde vor Ablauf des jetzt bestehenden Tarifverhältnisses für das Buchdruckerei-Hilfspersonal gelungen, auch für die kommenden fünf Jahre eine tarifliche Vereinbarung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der ungelerten Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe mit der Prinzipalität herbeizuführen. Gewiß ist es bedauerlich, daß von den 20 bisherigen Orten, in denen Hilfsarbeitertarife auf Grundlage der Allgemeinen Bestimmungen bestanden, sich nur 10 Orte an den zentralen Verhandlungen beteiligten. Die vielleicht an manchen Orten im stillen gehegte Hoffnung der Prinzipale, durch die Nichtbescheidung der Tarifverhandlungen fernerhin von dem lästig empfundenen Tarifzwang befreit zu sein, dürfte sehr bald von der Hilfsarbeiterorganisation zerstört werden. Jedenfalls können wir mitteilen, daß in den wesentlichsten Positionen Verbesserungen für das Hilfspersonal festgelegt sind, obwohl, was wir gleich hinzufügen wollen, diese nicht in allen Punkten den Wünschen der Kollegenschaft voll und ganz Rechnung tragen. Nichtsdestoweniger können wir das Zustandekommen des neuen Tarifabschlusses begrüßen als einen weiteren Beweis dafür, daß auch hier wieder die Kraft der Organisation sich bewährt hat und daß wir auf dem einmal eingeschlagenen Weg zu weiteren Erfolgen gelangen werden, die wirtschaftliche Lage unserer Kollegenschaft zu heben. Inzwischen ist auch das Beschlußprotokoll der Tarifverhandlungen vom 18. Dezember 1911 erschienen, aus dem hervorgeht, daß folgende Lohn- und Gehaltserhöhungen für die vertretenen Städte festgelegt worden sind:

bei den Löhnen bis zu	12 Mk.	12 1/2 Proz. Erhö.
„ „ „ über 12-18	10	„
„ „ „ 18-27	7 1/2	„
„ „ „ 27	6	„

Von Seiten des Einigungsamts wurde den Prinzipalen empfohlen, bei den örtlichen Vereinbarungen die Gewährung von Zulagen an das über Minimum entlohnte Personal nach Maßgabe der Leistungen des betreffenden Personals zu regeln.

Der Arbeitsmarkt im November 1911 hat sich nach den Berichten der Industrie an das „Reichsarbeitsblatt“ in den meisten Gewerben auf der Höhe des Vormonats gehalten; in mehreren ist eine weitere Verbesserung zu verzeichnen. Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad etwas nachgelassen. Nach den Berichten der Fachverbände waren Ende November 1911 1,7 Proz., Ende November 1910 1,6 Proz. und Ende Oktober 1911 1,5 Proz. der Mitglieder arbeitslos; es ist also sowohl gegenüber dem Vormonate als auch gegenüber dem Vorjahre eine kleine Verschlechterung zu verzeichnen. Die Arbeitsnachweisziffern endlich lassen, soweit sie männliche Arbeiter betreffen, nur dem Vorjahre gegenüber eine Besserung des Beschäftigungsgrades, dem Vormonate gegenüber jedoch eine Verschlechterung erscheinen.

Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe im November 1911 stand nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsblattes wie folgt:

Organisation	Mitgl. Zahl am Monatsende	Arbeitslos am Monatsende am auf der Ort	Arbeitslose auf 100 Mitglieder Nov. 1911	Nov. 1910	Oktober 1911
Buchdrucker	64105	1465	2,3	2,2	4,8
Buchbinder	31069	554	3,5	2,0	2,5
Lithogr. u. Steindr.	17309	670	8,2	4,3	4,1
Graph. Hilfsarbeit.	17271	248	3	1,5	1,6
Xylographen	441	17	—	4,7	2,5
Notenstecher	435	—	—	—	7,8
Gutenbergsbund	3097	17	—	0,6	0,5
Graph. Zentralverband (christl.)	1727	12	4	1,0	0,6
Graphische Berufe (H.-D.)	1673	23	1	1,4	1,6

Aus dem Auslande.

England. Wie das Internationale Sekretariat der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe durch Extrabulletin vom 30. Dezember 1911 mitteilt, ist Kollege G. D. Kelley-Manchester, der Leiter der englischen Gehilfenbewegung und frühere Präsident des Internationalen Lithographenbundes, plötzlich und unerwartet gestorben. Mit ihm verliert nicht nur unsere englische Kollegenschaft, sondern unsere gesamte Berufsinternationale einen ihrer bedeutendsten, tüchtigsten und verdienstvollsten Führer und Kämpfer. Mit den englischen Bruderorganisationen trauert der deutsche Verband um den dahingegangenen Kollegen und Freund. — Sobald wir im Besitze näherer Mitteilungen über das Ableben des Kollegen Kelley sind, kommen wir nochmals auf den schweren Verlust zurück.

Norwegen. Der Tarif der Lithographen und Steindrucker wurde durch die Gehilfenschaft zum 14. März gekündigt; gefordert werden Verbesserungen der tariflichen Bestimmungen. Unter dem Einfluß des allgemeinen Unternehmerverbandes nehmen die Prinzipale gegen den Neuabschluß des Tarifs scharf Stellung, so daß ein allgemeiner Kampf der Lithographen und Steindrucker nicht ausgeschlossen ist. Besonders gegen die 8 stündige Arbeitszeit für Lithographen, Steindrucker und

Hilfpersonal und gegen die Regelung des Lehrlingswesens wendet sich die Unternehmerorganisation. Zuzug von Lithographen und Steindruckern nach Norwegen muß daher schon jetzt ferngehalten werden.

Oesterreich. Durch eine Verordnung des Handelsministers, die das Gewerbe der photographischen Porträtaufnahme (Porträtphotographie) als handwerksmäßiges Gewerbe bezeichnet, erfolgte die Einführung des Befähigungsnachweises für die Photographen in Oesterreich. Das Handelsministerium macht in dem Durchführungserlaß die Gewerbebehörden aufmerksam, daß lediglich die gewerbmäßige Porträtphotographie ein handwerksmäßiges Gewerbe ist und somit allen für diese Gewerbe geltenden Vorschriften unterliegt, daß hingegen jede andere Art der Ausübung des Photographengewerbes nach wie vor ein freies Gewerbe bleibt. Unberührt von der Verordnung bleiben selbstverständlich neben der freien Kunst der Photographie und der Photographie als Amateurbeschäftigung — die Photographie im Dienste der Kunst, Wissenschaft, Technik und Heilpflege und auch die gewerbmäßig ausgeübte Porträtphotographie dort, wo es sich um fabrikmäßig betriebene Unternehmungen oder aber um das Porträtphotographieren als Teil des Arbeitsprozesses in einem anderen Gewerbe oder in industriellen Unternehmen handelt.

Schweiz. Mit der zwischen dem Verein schweizerischer Lithographiebesitzer und dem schweizerischen Lithographenbunde vereinbarten Berufsordnung für das Lithographie-Gewerbe und verwandte Berufe der Schweiz (Lithdruck, Stahl- und Kupferdruck, Chemigraphie) erklärten sich eine Reihe Firmen (s. „Gr. Pr.“ Nr. 64, 1911: Bekanntmachungen) nicht einverstanden. Sie traten aus der Prinzipalsorganisation aus und schlossen sich zu einem neuen „Verbande schweizerischer graphischer Anstalten“ zusammen. Die organisierten Gehilfen, die in diesen Firmen beschäftigt sind, reichten daraufhin die Kündigungen ein. Am 23. Dezember fanden Verhandlungen zwischen Vertretern des Gehilfenverbandes und dem Vorstande der neuen Prinzipalsorganisation statt mit dem Ergebnis, daß sich die Mitglieder der letzteren voraussichtlich wieder dem Verein schweizerischer Lithographiebesitzer anschließen und damit die Berufsordnung anerkennen werden. Die Kündigungen wurden daraufhin vorläufig zurückgezogen.

Die Schutzzollpolitik und die Arbeiter.

Als im Oktober 1911 die Interpellation über die Teuerung zur Beratung stand, ließ die Reichsregierung durch Bethmann-Hollweg erklären, daß an eine zeitweilige Abschaffung oder Herabsetzung der Lebensmittelpreise nicht gedacht werden könne. Nicht die Herabminderung der Lebensmittelpreise sei das Ziel einer vernünftigen Wirtschaftspolitik, sondern „der Schutz der nationalen Arbeit“. Und der Kanzler wies darauf hin, daß jeder, der etwas Ernsthaftes gegen die Teuerung unternehmen wolle, „die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik“ beseitigen müsse. Damit hatte Bethmann-Hollweg selbst ein vernichtendes Urteil über unser Wirtschaftssystem gefällt, obwohl er es nur unbewußt getan hat. Denn gerade durch unsere Schutzzölle wird dem deutschen Volke das Leben ungeheuerlich verteuert. Das ist ein Beweis für die unumstößliche Tatsache, daß der Kapitalismus nicht im Stande ist, seine Sklaven zu ernähren, und daß die Schutzzölle einen Widerspruch darstellen mit der gesunden, natürlichen, ökonomischen Entwicklung.

Aber dieses Bekenntnis am entschiedenen Festhalten der Wucherpolitik löste bei den meisten bürgerlichen Abgeordneten einen frenetischen Jubel aus, ein Beweis, daß die Vertreter der Großgrundbesitzer, der schweren Industrie und des Finanzkapitals an diesem Zustand bedeutendes Interesse haben. Selbst der Redner der Freisinnigen, der Leute, die doch nach ihrem Programme erzagrierte Freihändler sein müßten, forderte nicht eine entschiedene handelspolitische Umkehr, sondern nur eine schrittweise Abtragung der Zollschutzmauer.

Das war indeß in den früheren Zeiten anders! Als die Industrie in der Entwicklung war und die Bourgeoisie sich ansiedelte, die Herrschaft im Staate zu erobern, wollte man von keinem Schutze etwas wissen. Im Gegenteil! Freiheit war das Schlagwort der Kapitalisten. Freier Verkehr, freier Handel und offene Märkte waren das erstrebenswerte Ideal. Die freie Konkurrenz, das freie Spiel der freien Kräfte sollte die allgemeine Harmonie zur Wahrheit machen. Man war weiter der Meinung, daß es falsch sei, Produkte im Inland herzustellen, die im Ausland kraft natürlicher Überlegenheit billiger erzeugt werden könnten. Jedes Land sollte nur die Wirtschaftszweige zur Entfaltung bringen, für die es die günstigsten Bedingungen aufwies; das sollte eine internationale Arbeitsteilung herbeiführen und Fortschritt und Wohlfahrt fördern.

Nur für die Industrien, die sich erst im Anfangsstadium der Entwicklung befanden und mit stärker entwickelten noch nicht in Wettkampf treten konnten, sollte ein Erziehungszoll eingeführt werden. Dieser Zoll sollte aber ein ganz mäßiger sein; er sollte

es der jungen Industrie ermöglichen, die notwendigen Erfahrungen zu sammeln, einen Stamm gelernter Arbeiter zu erziehen und dann natürlich wieder beseitigt werden, sobald er die junge Industrie konkurrenzfähig gemacht hatte. Diese Lehre vom Erziehungszoll, als dessen Theoretiker Friedrich List zu bezeichnen ist, hat mit unserem Schutzzoll nichts gemein. List selbst bezeichnete die Zölle sogar als schädlich, weil sie die Waren verteuern. Unser heutiges Schutzzollsystem hat ganz andere Ziele; es ist darauf gerichtet durch Ausplünderung der Verbraucher den Agrariern, den Industriellen hohe Gewinne in die Tasche zu stecken.

Nach im Jahre 1850 waren die preußischen Junker eifrige Freihändler, und zwar deswegen, weil sie mehr Getreide erzeugten als Preußen brauchte, folglich auf die Ausfuhr angewiesen waren. Und im Reichstag ließen sie sogar 1873 erklären, daß „nächst dem Brot und Fleisch nichts wichtiger ist als freies Eisen“. Unter dem Milliardensegen setzte bekanntlich in Deutschland ein wahres Gründungsieber ein. Fabriken, Aktiengesellschaften schossen wie Pilze aus der Erde. Aber dieser Taumel währte nicht lange. Eine Überproduktion mit allen ihren schrecklichen Folgen brachte die Ernüchterung. Vor allem hatte man Eisen in solcher Masse erzeugt, daß man die ganze Welt damit versorgen konnte. So kam denn der Krach; Bankrotte folgten auf Bankrotte.

In diesen Lagen begann die wirtschaftspolitische Umkehr. Unter der Führung von Stumm und Kardorff bildete sich der Zentralverband deutscher Industrieller und stellte eine starke Schutzzollpartei dar. Dazu kamen noch die Agrarier, die von der Konkurrenz der amerikanischen und russischen Landwirtschaft bedroht wurden. Im Jahre 1879 wurde der Pakt zwischen Junkertum und Industriebaronen geschlossen. Der Arbeiterschaft verteuerte man die Lebenshaltung und schuf gleichzeitig das Bleigewicht der Reaktion im sozialen Aufwärtsschreiten.

Zunächst wurde das Brot verteuert, indem man das Getreide mit 1 Mk. pro Doppelzentner verzollte, 1885 kam dann der 3 Mk.-Zoll, der 2 Jahre später auf 5 Mk. erhöht wurde. Bekanntlich wurde er durch die Caprivischen Handelsverträge auf 3,50 Mk. herabgesetzt. Aber 1902 verstanden es die Junker mit der Regierung, den Bülowischen Wuchertarif unter Vergewaltigung der Opposition durchzudrücken, der gewaltige Zollerhöhungen der Lebensmittel zur Folge hatte. Wir greifen nur das Getreide heraus. Für Weizen wurde der Zoll für den Doppelzentner auf 5,50 Mk., für Roggen auf 5 Mk. und für Hafer auf 5 Mk. festgesetzt. Professor Brentano hat festgestellt, daß bei dem 5,50-Mk.-Zoll ein deutscher Arbeiter 13,1 Tag arbeiten muß, um den Getreidezoll aufzubringen, und daß eine Familie in Gelderland (Holland) für 21 Mk. ebensoviel kaufen kann als eine andere im Ruhrgebiet für 28 Mk.

Der Zweck der Schutzzölle besteht nun in folgendem: die Einfuhr der Waren soll erschwert werden, um dadurch die deutschen Produkte vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. Nun kommt aber für den Preis eines Produktes in erster Linie der Weltmarktpreis in Betracht; sinkt dieser, so müßten die Waren billiger werden. Das ist aber zur Unmöglichkeit geworden, denn das billige Angebot kann nicht preisregulierend wirken, darum müssen wir erstens über die Höhe des Weltmarktpreises und dann den vollen Zollbetrag für die Waren zahlen die wir im eignen Lande herstellen. Hinzu kommt weiter, daß der technische Fortschritt ausgeschaltet wird; die Konkurrenz, die mit leistungsfähigen Maschinen arbeitet, vermag ihre technische Überlegenheit garnicht in den Wettkampf zu stellen. So ist z. B. in unserer Landwirtschaft kein Fortschritt technischer Art erreicht worden; produktivere Maschinen wendet man nicht an, weil ja das Zollsystem es möglich macht, künstlich das Volk auszunutzen, und deshalb kein Grund vorhanden ist, zum rationalen Großbetrieb überzugehen.

Im übrigen hat es die Schutzzollpolitik dahin gebracht, daß die Ausfuhrindustrien schwer geschädigt worden sind. Denn die anderen Staaten sind dem Beispiel Deutschlands gefolgt und haben ihre Grenzen ebenfalls mit Zollmauern umzogen. So haben Rußland, Oesterreich-Ungarn und Rumänien die Zölle auf deutsche Waren bedeutend erhöht. Auch das wichtigste Exportland Amerika hat höhere Zölle durchgesetzt. Die Folge ist, daß der deutsche Absatz sich verringert hat und man jetzt verschiedene Waren in Amerika selbst herstellt. Es sei nur die Postkartenindustrie erwähnt, die durch den Zolltarif schweren Schaden erlitt. Auch die Japaner sind eifrig am Werke, sich nach dem amerikanischen Muster Schutzzölle zu schaffen.

So sind die Zölle ein Mittel, die Exportindustrie zu unterbinden. Aber die Ausfuhr nach den Kulturländern ist zweifellos das Rückgrat unserer Volkswirtschaft, wie ja der Kapitalismus überhaupt Ausdehnung der Absatzgebiete mit Gewalt fordert. Die Schutzzölle haben aber das direkte Gegenteil zur Folge: sie engen den Markt ein und schließen die Staaten von einander ab. Und dabei baut man Eisenbahnen, Dampfschiffe, Telegraphen: fürwahr ein seltsamer Widerspruch!

Die Reichstagswahlen, die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen.

Am 12. Januar sollen die Wahlen zum deutschen Reichstage vollzogen werden. Mit Spannung warten die Anhänger der verschiedenen Parteien auf den Ausgang dieser Wahlen, da hiervon ein Einfluß auf die Gesetzgebung im Sinne der Parteizugehörigen abhängt.

Wählen dürfen am 12. Januar mit Ausnahme des weiblichen Geschlechts alle über 25 Jahre alten Personen, soweit sie im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Frauen sind also an den Wahlen nicht unmittelbar beteiligt. Trotzdem ist der Wahltag auch für sie von großer Bedeutung, nicht nur, soweit sie als Staatsbürgerinnen in Frage kommen, sondern speziell als Angehörige der arbeitenden Klasse und ganz besonders als Arbeiterinnen, als Mitglieder der Gewerkschaften.

Diese greifen allerdings nicht aktiv in den Wahlkampf ein. Sie haben wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen und dürfen sich nach dem Reichsvereinsgesetz nicht politisch betätigen. Dennoch aber sind die Mitglieder der Gewerkschaften in hervorragendem Maße an dem Ausfall der Wahlen interessiert. Hängt es doch von diesem ab, welche Machtstellung die Parteien, die den Bestrebungen der Gewerkschaften wohlwollend oder feindlich gegenüberstehen, im neuen Reichstage haben werden und weiter, ob den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft die Erhaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Gesetzgebung ermöglicht oder unterbunden wird.

Das Verhalten der verschiedensten Parteien im Reichstage während der bisherigen Legislaturperioden und namentlich während der letzten zeigt aber, was die Angehörigen der besitzlosen Klasse und die Gewerkschaften für die Zukunft zu erwarten haben, wenn in der Zusammensetzung des Reichstages keine Änderung eintritt.

Große Lasten hat der verlassene Reichstag der Bevölkerung durch die Reichsfinanzreform auferlegt, die durch indirekte Steuern die notwendigsten Lebensmittel verteuert und für Tausende durch die Tabak- und Zündholzsteuern die Arbeitsgelegenheiten eingeschränkt hat. Namentlich den Arbeiterinnen und Arbeiterinnen ist hierdurch das Leben ungemein erschwert worden. Den letzteren, weil sie bei ihrem schon so geringen Verdienste höhere Aufwendungen für die notwendige Nahrung nur dadurch tragen können, daß sie für die Zukunft noch mehr als bisher auf gutes Essen verzichten. Für die ersten sind die häuslichen Sorgen, wie die Familienmitglieder mit dem schmalen Einkommen zweckdienlich ernährt werden können, um vor allen Dingen die Arbeitskraft zu erhalten, bedeutend gestiegen.

Wie müßten daher von den weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse die Bestrebungen der Gewerkschaften, durch ihre Kämpfe die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, unterstützt werden! Bei diesem Streben aber erfahren nun die Gewerkschaften durch das 1908 beschlossene Reichsvereinsgesetz die größten Schwierigkeiten. Wiederholt sind Versammlungen durch Übergriffe der Polizeibehörden und der Verwaltungsorgane des Staates verhindert, Zweigvereine der Gewerkschaften als politische Vereine erklärt und in ihrem Wirken gehemmt worden. Und als im Oktober 1911 dieserhalb der Reichstag von den Vertretern der Arbeiterschaft interpelliert wurde, da zeigte es sich, daß außer der sozialdemokratischen Fraktion keine andere Partei ernsthaft gewillt ist, die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes durch die Behörden im Sinne des Wortlautes und der gegebenen Versprechungen durch Regierungsvertreter zu garantieren. Die Machtbefugnisse, die das Reichsvereinsgesetz den Polizeibehörden und Verwaltungsorganen durch die Auslegung seiner Bestimmungen einräumt, sind für die Gewerkschaften und damit für die gesamte Arbeiterschaft eine so große Schädigung, daß demgegenüber die Vorteile, die das Gesetz gebracht hat, z. B. das Recht, daß auch Frauen politischen Vereinen als Mitglieder angehören können, mehr als aufgehoben werden.

Wie beim Reichsvereinsgesetz so sind auch bei allen anderen Gesetzentwürfen, die dem letzten Reichstage zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt haben, die Interessen der arbeitenden Klasse in erster Linie und häufig ganz allein von den Sozialdemokraten vertreten worden. Dies war unter anderem der Fall bei der Beratung des Antrages auf Schaffung eines Reichsberggesetzes, der Novelle zur Gewerbeordnung, dem Antrage auf Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, bei der Reichsversicherungsordnung und zuletzt beim Hausarbeitsgesetz.

Obgleich in den Jahren 1885 bis 1908 im deutschen Bergbau 1 220 946 Unglücksfälle vorgekommen sind, von denen 26 011 tödlich verliefen, und obgleich durch das Unglück auf der Zechen Radbod am 12. November 1908 350 Bergleute auf einmal ihren Tod fanden, wurde doch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, ein Reichsberggesetz zu schaffen, das den Arbeitern Schutz bringen sollte, abgelehnt. Während der Debatten und namentlich auf einer Konferenz, welche die Bergwerksverwaltungen am 6. Januar 1909 in Berlin abhielten, kam deutlich der Einfluß der Bergwerksbesitzer auf die

Regierung zum Ausdruck. Ministern wurde hier sogar mit der Entlassung gedroht, wenn sie den Bergwerksgehaltigen gegenüber sich nicht gefügig zeigten.

Die Novelle zur Gewerbeordnung wurde nur soweit Gesetz, als es sich um die Regelung des Maximalarbeitstages für erwachsene Arbeiterinnen handelte, den die Gewerkschaften übrigens ihren Mitgliedern zum großen Teil schon längst errungen hatten. Alle übrigen Forderungen gehören zu denen, die gleich dem Arbeitskammergesetz, das den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft gesetzliche Vertretung sichern sollte, durch den Schluß des Reichstages nicht mehr zur Beratung gekommen sind. Von der Zusammensetzung des nächsten Reichstages wird es abhängen, ob solche Forderungen wieder zur Beratung und Beschlußfassung kommen und in welcher Form sie angenommen werden. Von dem Ausfall der Wahlen wird es auch abhängen, ob die Absichten des vereinigten Unternehmertums, Ausnahme Gesetze gegen die Gewerkschaften durchzusetzen, Aussicht auf Erfolg haben. In dem Vorentwurf zum deutschen Strafgesetzbuch hatte die Regierung den Wünschen der Unternehmer entsprochen. Auch dieser Gesetzentwurf erlitt durch den Reichstagschluß dasselbe Schicksal wie die vorerwähnten.

So arm an positiven Leistungen in bezug auf Arbeiterschutz war selten eine Reichstagsperiode, wie die letzte. Und doch hat der vorletzte Reichskanzler, Fürst Bülow, nach dem Ausfall der Januarwahlen 1907 erklärt, nun, nachdem die sozialdemokratische Fraktion nahezu die Hälfte ihrer Mitglieder eingestrichelt hat, würde erst recht Sozialpolitik betrieben werden. Die Erfahrungen haben aber gelehrt, daß der erste Reichskanzler, Fürst Bismarck, recht hatte, als er sagte, ohne Sozialdemokratie gäbe es überhaupt keine Sozialpolitik. Wenn die verschiedenen Parteien, vor allen Dingen das Zentrum, nicht gezwungen wären, doch manchmal Rücksicht auf ihre Wähler zu nehmen, die zum großen Teil Arbeiter sind, dann würde es in dieser Beziehung noch weit schlimmer stehen. Nur die sozialdemokratische Fraktion ist bisher stets geschlossen für Arbeiterschutzgesetz und solche, die die Arbeiterversicherung regeln sollen, eingetreten und hat den Anstoß zu diesen und zu Verbesserungen der bestehenden Gesetze gegeben. Daß es ihr nicht möglich war, mehr zu erreichen, lag daran, daß die Gegner der Sozialpolitik, Konservative, Nationalliberale, teilweise auch Freisinnige, vor allen Dingen aber das Zentrum, noch immer die Mehrheit im Reichstage bildeten und in stande waren, alle Versuche, die Gesetzgebung für die Arbeiterschaft günstig zu gestalten, zu hintertreiben.

Dies zeigte sich deutlich bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, deren Bedeutung von den Arbeitern und vor allem den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen viel zu wenig erkannt wird.

Namentlich soweit die weibliche Arbeiterschaft in Frage kommt, sind in das Gesetz Verschlechterungen gegenüber den bisher gültigen Bestimmungen hineingebracht und nahezu alle Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt worden. Oftmals, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Haltung zu begründen. Für die Krankenversicherung wurde auf diese Weise die Selbstverwaltung zum großen Teil aufgehoben, die den versicherten Mitgliedern erst die im Gesetz vorgesehenen Mehrleistungen gewährt hat und auch in Zukunft nur tun wird. Hierzu gehören neben Krankenhausbehandlung die Lieferung teurer Medikamente und Heilmittel, Familienhilfe, Schwangerenunterstützung, Hauspflege, erhöhtes Sterbegeld und anderes. Anspruch auf Wöchnerinnenunterstützung haben nach wie vor nicht alle weiblichen Kassenmitglieder. Die Heimarbeiter und -arbeiterinnen werden zum großen Teil den Landkrankenkassen unterstellt werden, die Wöchnerinnenunterstützung nur auf die Dauer von 4 Wochen zahlen brauchen und diese sowie Krankenunterstützung während der Wintermonate auf die Hälfte der in diesen Kassen schon so niedrigen Leistungen herabsetzen und unter bestimmten Voraussetzungen ganz versagen können.

Diese Vorschriften sind sämtlich gegen den Willen und die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten gefaßt worden, obgleich diese in Rücksicht auf die Gesundheitsverhältnisse in der Arbeiterschaft den Ausbau der Krankenversicherung dringend gefordert hatten. Jährlich sterben an den Folgen der Entbindung 10 000 Frauen in Deutschland und 5 000 tragen schwere Erkrankungen davon. Auch die hohe Säuglingssterblichkeit, die namentlich in Arbeitergegenden anzutreffen ist, hätte Veranlassung sein müssen, die Bestimmungen der Krankenversicherung zu erweitern. Aber auch hier blieben die Arbeitervertreter, die sozialdemokratischen Abgeordneten mit ihren Anträgen auf Einführung allgemeiner Hebammenhilfe, Zahlung von Schwangerenunterstützung an alle in Frage kommenden Mitglieder und Gewährung von Stillgeld nahezu allein. Ihre geringe Zahl war schuld daran, daß ihre Anträge nicht zur Annahme kommen konnten.

Wie bei der Krankenversicherung liegt es nun bei der Unfallversicherung und in erster Linie bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Namentlich die letztere ist es, die zum größten Protest herausfordern müßte. Sie soll das 1902

gegebene Regierungsversprechen, vom 1. Januar 1910 ab aus den Mehrerträgen der Zölle Renten an Witwen und Waisen zu gewähren, vom 1. Januar 1912 ab endlich erfüllen. Allerdings nicht in dem damals versprochenen Sinne. Es werden nämlich nur die Witwen Renten für sich und ihre Kinder erhalten, die nicht mehr arbeitsfähig sind und auch nur dann, wenn der Mann Invalidenmarken geklebt hat. Unter 100 Witwen haben nach diesen Bestimmungen nur immer 7 Anspruch auf Rente. Ob sie solche erhalten, steht außerdem sehr dahin, da der bisher geltende Begriff für die Invalidität auch für die Hinterbliebenenrenten aufrecht erhalten wird. Es ist vorgekommen, daß alle, vollständig gebrechliche Leute und solche ohne Arme oder Beine mit ihren Ansprüchen auf Rente abgewiesen worden sind.

Außerdem sind es die niedrigen Renten, die der Arbeiterschaft zeigen müßten, daß nicht beabsichtigt ist, ihr durch das Gesetz Hilfe zu bringen. Es muß immer wieder betont werden, daß mit der Reichsversicherungsordnung und der Verabschiedung des Gesetzes vor den Neuwahlen nur eine Täuschung der Wähler beabsichtigt war, die um so leichter möglich ist, als leider die Arbeiterschaft, und in erster Linie die weibliche, diesem Gesetz recht interesselos gegenübersteht.

Renten für Witwen und Waisen waren versprochen. Erhalten werden solche nur invalide Witwen und ihre Kinder und zwar die Witwe im Betrage von 19 Pfennig, das erste Kind von 9 Pfennig und jedes weitere Kind von 7 Pfennig täglich und zwar nach dem noch nachträglich beschlossenen Einführungsgesetz für alle Lohnklassen auf lange Zeit hinaus.

Bevor eine invalide Witwe Anspruch auf den horrenden Satz von, täglich 20 Pfennig Rente erheben darf, müssen ohne Rücksicht auf die bisher geleisteten Beiträge vom 1. Januar ab in der 1. Lohnklasse 10 Jahre und 36 Wochen hindurch Beiträge entrichtet sein, in der 2. Klasse 4 Jahre und 1 Woche, in der 3. Klasse 2 Jahre und 32 Wochen, in der 4. Klasse 2 Jahre und 1 Woche und in der 5. Klasse 1 Jahr und 36 Wochen. Dann erst erhalten invalide und erwerbsunfähige Witwen den erwähnten Rentensatz.

Dafür werden aber die Beiträge in sämtlichen Lohnklassen erhöht und ferner fällt die Erstattung einzelzählter Beiträge an Frauen nach ihrer Verheiratung und beim Tode des versicherten Ehemannes fort.

Alle diese Bestimmungen sind trotz energischen Protestes der Vertreter der Sozialdemokratie in das Gesetz hineingebracht, und allein das Verhalten der Parteien bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, einem Gesetz, das nur für die Arbeiterschaft und zum großen Teil für die weibliche in Frage kommt, müßte den Angehörigen der besitzlosen Klasse zeigen, welchen Vorteil ihr die Vermehrung der Zahl sozialdemokratischer Abgeordneter bringen würde.

Dasselbe ist zu sagen von den Erfahrungen bei Beratung des Gesetzentwurfes, der in den letzten Tagen des geschlossenen Reichstags zur Annahme gelangte, dem Entwurf zum Hausarbeitsgesetz. Auch hier waren es neben der sozialdemokratischen Fraktion nur wenige bürgerliche Abgeordnete, die für Verbesserungsanträge eintraten und stimmten. Alle übrigen, allen voran wieder die Vertreter des Zentrums, beantragten und stimmten für die Anträge, die es dahin bringen werden, daß die Heimarbeiter und -arbeiterinnen dafür bestraft werden können, daß sie nicht soviel verdienen, um den gesetzlichen Anforderungen auf Ausgestaltung der Arbeitsräume gerecht zu werden. Den erwarteten und geforderten Einfluß auf die Lohnverhältnisse bringt das Hausarbeitsgesetz nicht.

Die Arbeiterinnen seien ferner noch besonders an die Abstimmung der Parteien über den Antrag auf Änderung des § 31 des Gerichtsverfassungsgesetzes erinnern, die ihnen und den weiblichen Angestellten das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bringen sollte. Hier zeigte sich ebenfalls dasselbe Resultat wie stets, wenn es sich um Arbeiterrechte oder Vorteile dieser am schlechtesten gestellten Schicht der Gesellschaft handelt.

Eine Änderung der Gesetzgebung in einem für die Arbeiterschaft und ihre Angestellten günstigen Sinne wird erst dann eintreten, wenn die große Masse der Bevölkerung — und das ist die besitzlose — erkannt hat, wer für ihre Interessen eintritt. Daß dies die Vertreter der Sozialdemokratie bisher stets und oft allein getan haben, bedarf wohl keiner weiteren Beweise.

Wenn deshalb die sozialdemokratische Fraktion durch die Wahlen eine erhebliche Zunahme ihrer Mitgliederzahl erfährt, dann werden auch die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen dies Resultat mit Freuden begrüßen. Garantiert ihnen doch die wachsende Macht der Sozialdemokratie im Reichstage erhöhten Einfluß dieser stets für die besitzlose Bevölkerung eintretenden Partei auf die Gesetzgebung und erhöht dadurch die Hoffnung, daß auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, ungehindert ihre ihnen gesetzlich erlaubten Aufgaben erfüllen und der Arbeiterschaft die Lebensbedingungen erleichtern können.

G. H.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Glossen zur Bewegung.

Neue Folge. I.

Das Weihnachtsfest ist vorüber, auf das die Unternehmer ihre Hoffnungen bauten. Der Jahreswechsel liegt hinter uns, von dem sie das planlose Auseinanderlaufen des letzten Häufleins der Kämpfenden erwarteten. Aber weder zu Weihnachten noch zu Neujahr ist der erhoffte große Umfall eingetreten. Die Reihen der Streikenden und Ausgesperrten stehen fest und geschlossen wie am ersten Tage. Alle Versprechungen und Beeinflussungen prallten wirkungslos ab an dem durch die unerhörten Zumutungen der Schutzverbandsvertreter vom 7. Dezember neu bestärkten Willen, den Kampf durchzuführen bis zu einem annehmbaren und ehrenvollen Frieden. Die Widerstandskraft der Organisation hat sich in diesen Weihnachts- und Neujahrstagen dank der Disziplin, Überzeugungstreue und Solidarität der Kollegenschaft glänzend bewährt. Sie findet allseitige Anerkennung und Bewunderung. So schreibt z. B. die »Litografia«, das Organ unserer ungarischen Bruderorganisation, die mit dem ungarischen Unternehmertum schon die 8¹/₂ stündige Arbeitszeit für Steindrucker vereinbart hat:

»Auf beiden Seiten ist zähe Ausdauer zu konstatieren; ganz besonders müssen wir aber unsere mehr als 4500 Kollegen bewundern, daß sie so stramm aushalten und für die Allgemeinheit ein solch großes Opfer bringen; jeder einzelne ist ein Held.«

Gleich den kämpfenden haben aber auch die in Arbeit stehenden Kollegen ihr Bestes getan, um den Streikenden, Ausgesperrten und Arbeitslosen und ihren Frauen und Kindern eine Weihnachtsfreude zu machen und beim Jahreswechsel die Mietszahlung zu erleichtern. Sie haben einen Teil der schweren Opfer, die die Kämpfenden gern und freudig für die Allgemeinheit tragen, auf sich genommen und es dadurch möglich gemacht, daß jeder am Kampfe beteiligte oder arbeitslose Kollege eine besondere Weihnachtsunterstützung von 5 Mark als Lediger und von 10 Mark als Verheirateter erhielt, wozu noch für jedes Kind 1 Mark extra kam. In vielen Streik- und Aussperrungsorten wurden außerdem Weihnachtsfeiern veranstaltet, die in schönster, gehobener und begeisterter Stimmung verliefen. Ferner wurde beim Jahreswechsel ein Mietszuschuß von 6 Mark an Ledige und von 15 Mark an Verheiratete gewährt.

Im ganzen sind für diese Extraunterstützungen gegen 110000 Mark ausgezahlt worden, die zum großen Teil durch freiwillige Sammlungen gedeckt wurden, während der Rest aus der Verbandskasse vorgeschossen wurde; zweifellos wird er ebenfalls noch durch nachträglich eingehende Erträge der freiwilligen Sammlung gedeckt werden, da es jeder arbeitende Kollege als seine Ehrenpflicht betrachtet wird, seinen vollen Teil zu der Sammlung für seine kämpfenden und arbeitslosen Brüder beizutragen, die für die Allgemeinheit, deren Glied er selber ist, schon monatelang ungleich schwerere Opfer unverzagt tragen.

Alles in Allem müssen aber die letzten Wochen auch dem kurzschichtigsten Unternehmer gezeigt haben, daß eine Arbeiterschaft, die in dieser bewundernswerten Weise ihren gerechten Kampf zu führen versteht, niemals niederzuzwingen ist.

In den in Nr. 64, 1911 der »Gr. Pr.« veröffentlichten Glossen zur Bewegung wiesen wir bereits auf einen Artikel der »Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker« vom 19. Dezember 1911 hin, der, da er den krassen Scharfmacherstandpunkt zum Ausdruck bringt, vom Schutzverbandsorgan natürlich mit schmatzenden Behagen nachgedruckt wurde.

Er kennzeichnet den Verfasser schon dadurch, daß die böse organisierte Gehilfenschaft für alle Verbrechen, die das scharfmacherische Unternehmertum am Gewerbe beging, verantwortlich gemacht wird.

Aus der Ablehnung der Zumutung des Unternehmertums bei den Tarifverhandlungen im Frühjahr 1906, die rückständigsten Verhältnisse auf viele Jahre tariflich festzulegen, schlußfolgert der Artikelschreiber, daß den Gehilfen an der Schaffung eines allgemeinen Tarifs gar nicht soviel gelegen sei, obwohl die Tarifverhandlungen auf die Initiative der Gehilfenschaft zurückzuführen waren, die auf ihren Generalversammlungen stets für die Tarifidee eingetreten ist. Ein Tarif, der die fortgeschrittensten Verhältnisse auf das Niveau der rückständigsten herabdrücken soll, war und ist allerdings für sie völlig unannehmbar. Wie recht die Gehilfen hatten, sollte selbst der Artikelschreiber schon daraus erkennen, daß bei den späteren Vereinbarungen mit dem Schutzverbände vom Jahre 1906 all die hohen Forderungen, die Schuld an dem Scheitern der Tarifverhandlungen gewesen sein sollen, wie Arbeitszeit, Arbeitslohn, Schutz günstigerer Verhältnisse usw., fast vollinhaltlich anerkannt und verwirklicht wurden!

Wie 1906, so sollen auch 1911 die »überspannten Gehilfenforderungen« Schuld an dem langen Kampfe und dem Millionenschaden sein, den er für das Gewerbe zur Folge hatte. Um Wiederholungen zu vermeiden, verweisen wir den Artikelschreiber auf den Leitartikel dieser Nummer, worin erneut nachgewiesen ist, daß die Gehilfenforderungen zwingenden Notwendigkeiten entsprangen, daß sie infolgedessen vollauf berechtigt sind und daß sie endlich mit einigem guten Willen der Unternehmer auch durchgeführt werden können. Wie bei den Tarifverhandlungen vom Jahre 1906, so fehlte es aber auch bei den Verhandlungen im September und Dezember 1911 den Unternehmervertretern an diesem guten Willen. Aus purem Machtkitzel lehnten sie die berechtigten und durchführbaren Forderungen ab oder machten die die Weiterverhandlung unmöglich. Sie allein tragen also heute ebenso wie vor 5 Jahren die volle Verantwortung für den Millionenschaden, der mit einigem guten Willen auf jener Seite damals wie heute vermeidbar gewesen wäre.

Angeichts dieser Sachlage ist es, gelinde gesagt, ein starkes Stück, wenn neben den »überspannten Gehilfenforderungen« der »Gehilfeneigensinn« und das »Verhalten der Gehilfenleitung«, die sich »bisher bei allen Einigungsversuchen als unzugänglich gezeigt« haben soll, für die Kämpfe verantwortlich gemacht und gesagt wird, daß bei uns jetzt noch dieselben Leute am Steuer der Bewegung stehen, »die bereits 1906 das Übereinkommen solange als möglich hintanzuhalten wußten!« Das nennt man die Tatsachen direkt auf den Kopf stellen! Wir beschränken uns darauf, das festzunageln und im übrigen diese Stillblüten tiefer zu hängen.

Ist es schon kurios, daß in dieser Weise dem tarifgegnerischen Schutzverbändertum durch das amtliche Organ der Tarifgemeinschaften der Buchdrucker, Chemigraphen und Kupferdrucker die Stange gehalten wird, so erklmmt der Artikelschreiber den Höhepunkt, wenn er den Lithographen und Steindruckern die Buchdrucker als Musterknaben vor Augen stellt. Der gute Mann scheint ganz vergessen zu haben, daß es auch im Buchdruckgewerbe lange und schwere Kämpfe gekostet hat, bevor das tarifgegnerische Unternehmertum zu einer besseren Einsicht gelangte und den Abschluß einer den Wünschen der Gehilfenschaft entsprechenden Tarifgemeinschaft der fortwährenden Beunruhigung vorzog.

In derselben Weise wie die »Zeitschrift« hat bekanntlich das Schutzverbandsorgan schon mehrfach die Buchdrucker den Lithographen und Steindruckern als nachahmenswerte Beispiele empfohlen. Das konnte man sich

schenken, denn wir eifern ihnen nach, indem wir jetzt mit aller Zähigkeit das durchföchten, was die Buchdrucker längst hinter sich haben! Es wird aber beide Blätter interessieren, was das Organ des Buchdruckerverbandes, der »Korrespondent«, zu der den Buchdruckern zugewiesenen Musterknabenrolle sagt. In seiner am 30. Dezember 1911 erschienenen Gewerkschaftsrevue schreibt er u. a. über unsere Bewegung:

Der Schutzverband der Unternehmer, obwohl ihm nur der zehnte Teil der Firmen angehört, ist der Prototyp eines Scharfmacherverbandes, sein Generalsekretär ist mit dem unsers Arbeitgeberverbandes identisch. Wenn man bei uns so könnte, wie man möchte, dann könnten auch wir was erleben. Von diesem Aussperrungskomitee, wie sich der Schutzverband richtiger nennen sollte, werden nun immer die Buchdrucker als artige Kinder vorgeführt und sonderlich mit unsrer neuen Arbeitszeit die Ablehnung der Forderungen unsrer Schwäger begründet. Das Gehilfenorgan, die »Graphische Presse«, hat demgegenüber schon mehrfach betont, daß die Steindruckereibesitzer die 52-Stundenwoche der Buchdrucker bei englischer Arbeitszeit rundweg ablehnen, und daß ihre Prinzipale sich nur dann auf die Buchdrucker berufen, wenn sie einen Vorteil dabei aufstößern können. Es dürfte aber nicht nur an einer Tarifposition exemplifiziert werden. Man müsse das Tarifergebnis der Buchdrucker insgesamt werten. Wenn das Organ der Steindruckereibesitzer so die durch die Buchdrucker gegebene Marschroute ansehe, dann könnten sich die Lithographen und Steindrucker auch damit einverstanden erklären.

Wir empfehlen diese Ausführungen des »Korrespondent« der »Zeitschrift« und ihrem Artikelschreiber zur gefälligen Beachtung, da wir zu ihrer Ehre annehmen, daß sie gegen Vernunftgründe nicht schon ebenso immun ist wie ihr »Bruderorgan« im deutschen Steindruckgewerbe.

Zum Schluß wollen wir nur noch feststellen, daß die Behauptung der »Zeitschrift«, die Zentralleitung der Freien Gewerkschaften sei zur Hilfeleistung genötigt gewesen, völlig aus der Luft gegriffen ist. Bis jetzt hat unsere Organisation den Kampf ganz aus eigener Kraft durchgeführt, was ihr jedenfalls auch bis zu seinem guten Abschluß möglich sein wird.

In derselben Nr. 24 a des Schutzverbandsorgans, in der der Artikel der »Zeitschrift« nachgedruckt wurde, wird auch die gegenwärtige Lage besprochen. In diesen Ausführungen werden eine ganze Reihe längst abgetaner Behauptungen von neuem aufgewärmt. Wir verzichten darauf, sie erneut zu besprechen, da uns zur Wiederkäuerarbeit die Lust, die Zeit, der Raum und vor allen Dingen das Zeug abgeht. Nur einige kurze Bemerkungen wollen wir zu diesem Artikel machen.

Er wird eingeleitet durch die Unwahrheit, daß die Verhandlungen am 7. Dezember 1911 an dem Antrage der Prinzipale scheiterten, »den Punkt Arbeitszeit genau und einwandsfrei zu formulieren«. Das Schutzverbandsorgan weiß so gut wie wir, daß die Verhandlungen nur daran gescheitert sind, daß die Unternehmervertreter der Gehilfenschaft unannehmbare Verschlechterungen zumuteten.

Wenn jetzt im Schutzverbandsorgan gesagt wird, »daß gar nicht beabsichtigt war, den Gehilfen irgendwelche Verschlechterungen aufzudrängen«, so stehen dem die Tatsachen schnurstracks entgegen. Aber wenn es die Unternehmer jetzt wirklich aufgegeben haben, »den Gehilfen irgendwelche Verschlechterungen aufzudrängen«, dann soll es uns freuen. Wären sie zu dieser besseren Einsicht schon am 7. Dezember gekommen, hätten sie die zitierte Erklärung ihres Organs damals abgegeben und ihre übrigen Ausführungen dieser Erklärung angepaßt, dann würden wir den weiteren Kampf vermieden haben.

Aber vor Weihnachten lauteten ihre Erklärungen wesentlich anders, was allein schon der Ausspruch ihres Vorsitzenden klar und deutlich zeigt, wonach die Festlegung dessen, was 1906 zum Schutze besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt worden ist, diesmal nicht möglich sein soll! Das Schutzverbandsorgan soll sich also ruhig die Mühe

sparen, durch seine nachträglichen Abschwächungsversuche der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Durch die Erklärungen der Unternehmervertreter selbst wird es doch stets Lügen gestraft.

Auch bezüglich des Artikels 'Jahresrückblick und Betrachtungen zur gegenwärtigen Lage', der die Nr. 1 des neuen Jahrgangs des 'Deutschen Steindruckwerkes' einleitet, können wir auf unsern Leitartikel und auf die vorstehenden Glossen verweisen. Es sind wieder die alten Ladehüter und roten Lappen von den 'sozialdemokratischen Forderungen' der 'sozialdemokratischen Gewerkschaft', von den 'nicht geschobenen, sondern schiebenden Gewerkschaftsführern', von der 'Heimatspolitik', die der gute Schutzverband treibt usw. usw., an denen sich ein hochgeehrtes Publikum schon so satt gesehen hat, daß kein Mensch mehr darnach hinsieht. Wir verzichten daher darauf, sie erneut einer kritischen Wertung zu unterziehen, denn sie sind wirklich nichts mehr wert. Nur dem Kollegen Herbst wollen wir noch den Gefallen tun, ihm zu einem schon so und so oft widerlegten und trotzdem neu aufgewärmten Schwindel des Schutzverbandsorgans das Wort zu folgender Erklärung zu verstatten:

„Das 'Deutsche Steindruckgewerbe' leistet sich in seiner Neujahrnummer neben endlosem Tratsch auch folgendes: Jedenfalls wurde die Bewegung in Leipzig eingeleitet. Eine zahlreiche besuchte Gehilfenversammlung beschloß, die 'Forderungen' einzureichen, die bekanntlich vor dem Zustandekommen des Beschlusses schon im Briefkasten lagen und pünktlich mit der ersten Post am folgenden Morgen in die Hände der Prinzipale gelangten. Dem Sinne nach wurde diese Unterstellung schon mehreremale gebracht und von uns auch richtiggestellt. Nachdem aber das 'Deutsche Steindruckgewerbe' sich nicht belehren läßt, erkläre ich als Leiter der Leipziger Versammlung vom 30. August v. J. diese Version als eine Verleumdung. E. Herbst.“

Die Unternehmerpresse nimmt mit unhohler Freude davon Kenntnis, daß sich in Berlin die Steindruckereihilfsarbeiter, die sich mit den ausständigen Gehilfen solidarisch erklärten, bedingungslos zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet haben. Dem Berliner Beispiel sind die Hilfsarbeiter auch in einigen anderen Städten, in denen sie von der Bewegung erfaßt worden waren, gefolgt. Sie folgten damit der Weisung der Leitung des Hilfsarbeiterverbandes, die aus Gründen, deren Besprechung zurzeit nicht möglich ist, den Abbruch des Kampfes beschloß.

So bedauerlich diese Tatsache ist, so hat der Schutzverband doch keinerlei Anlaß zu dem Jubel, den dieser Schritt in seinen Kreisen ausgelöst zu haben scheint, denn auf die Haltung der Gehilfenschaft übt die Maßnahme des Hilfsarbeiterverbandes keinen Einfluß aus. Schließlich kann den Unternehmern das Hilfspersonal auch nicht viel nutzen, wenn sie keine Gehilfen haben; und diese kehren erst wieder in die Betriebe zurück, wenn ein annehmbarer und ehrenvoller Friede geschlossen ist. Die Unternehmer mögen sich also beruhigen. Der Schritt der Hilfsarbeiter bedeutet keine entscheidende Wendung im Kampfe, wie man in die Welt posaunt! Er ist auf die Bewegung der Gehilfenschaft ohne jeden Einfluß.

In einigen Städten, so in Nürnberg, Fürth und Schwabach, wird der Kampf auch vom Hilfspersonal energisch weitergeführt.

Der Frankfurter Unterstützungsvereinigung rückt wieder eine Konkurrenzorganisation auf den Leib. Die 'Freie Vereinigung der Steindrucker und Lithographen', die ihre 'ruhmvolle' Wirksamkeit früher auf Berlin beschränkte, verbreitet jetzt unter freundlicher Mithilfe des Unternehmertums auch in anderen Städten ein Flugblatt, aus dem wir die salzigsten Stellen hier wiedergeben wollen:

Wir wissen, daß ein beträchtlicher Teil aufgekärter Arbeiter in den Betrieben der von der Bewegung getroffenen Firmen, trotz des Terrorismus der Gewerkschaften, fleißig tätig sind und ihrem Herrn Prinzipal treu zur Seite stehen. Demgegenüber ist es nun zur praktischen Notwendigkeit geworden, daß sich alle diese *gut gesinnten* Berufsarbeiter und Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe, welche sich nicht dem Kadavergehorsam der Verbandsmeierei und Verbandspolitik anschließen, aber freie Arbeiter sein wollen, ebenfalls eng verbinden und durch Eintracht zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zur Ergründung geeigneter Maßnahmen, mit vereinten Kräften gemeinsam danach streben. Wir werden ein wachsameres Auge und mit voller Unterstützung unserer wohlwollenden Herrn Prinzipale, welche uns sicher zu Teil werden wird, über alle Anstalten führen. Darum wehrte Berufsangehörigen, treten in Scharen uns zur Seite und helfe an dem großen Werk, welches jetzt begonnen hat, tätig zu sein. Wir empfehlen ein Abonnement auf dem Organ für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen 'Der Bund'. Versäume keiner, der sich vor Nachteil schützen und friedlich mit den Herren Arbeitgeber zusammen arbeiten will, wie es in früheren Zeiten üblich war, sich unserer Vereinigung anzuschließen. Mit kollegialem Gruß an allen mit uns auf gleicher Stufe stehenden Berufsangehörigen.

Besser wie die Schreiber dieses Aufrufs hätte Ehrenhinze das Ding auch nicht schieben können. Wer mit diesen Leuten auf gleicher Stufe steht, schließe sich ihnen an!

Was die Kämpfer schreiben.

Der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ ins Stammbuch.

Wer unsere Berufsverhältnisse kennt, war sich von Anfang an darüber klar, daß sich der Kampf erheblich in die Länge ziehen werde, und zwar durch den Starrsinn der Schutzverbandsleitung. Bei der Einigungsverhandlung vom 7. Dezember hat die Vorstandsschaft der Gehilfenorganisation ihren guten Willen erneut gezeigt, die Bahn für den Friedensschluß frei zu machen. Aber die Schutzverbandsleitung hat den Frieden abermals vereitelt. Sie allein ist also schuld an den schweren Schädigungen des Gewerbes durch den bisherigen und den weiteren Kampf. Sie allein trifft die Verantwortung, denn die Herren haben durch ihre Haltung bewiesen, daß sie den Frieden einfach nicht wollten!

Nun kommt diesem starrsinnigen Schutzverbandsunternehmertum von anderer Seite ein helfender Verteidiger, der es unternimmt, die Unternehmertaten zu rechtfertigen. Es ist die 'Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker', die entgegen den offensichtlichen Tatsachen, uns, den streikenden und ausgesperrten Gehilfen, Eigensinn vorwirft. Sie stellt die Gehilfenorganisation, unsern Verband, als Schädling im Gewerbe hin. Sie betrachtet uns, die im Kampfe stehenden Verbandsmitglieder, als unselbständige Schwächlinge, die sich ohne eigenen Willen von der Verbandsleitung aufhetzen und verführen ließen. Und die Zurückweisung unserer berechtigten Interessen durch die Unternehmer stellt das Blatt als eine gerechte Handlungsweise hin. Wo bleibt da die Konsequenz? Wohin führen solche Wege? Das heißt doch Öl ins Feuer gießen!

Seit 1906 haben die Schutzverbandsunternehmer dafür gewirkt, daß das Gewerbe aus der Unruhe nicht herauskam und daß die Erbitterung in der Gehilfenschaft von Jahr zu Jahr mehr stieg. Ich denke bloß an die berüchtigte Zuchttausordnung, mit der unsre Unternehmer eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen anstrebten, die wir durch die Einreichung unsrer Kündigungen zurückweisen mußten. Wir waren gezwungen dazu! Sollen wir uns fortgesetzt derartige Zumutungen gefallen lassen?

Aber die 'Zeitschrift' will ich auch daran erinnern, daß wir Gehilfen im Frühjahr 1906 den Tarif erstrebten. Der Tarifabschluß wurde nicht durch unsre Vertreter, sondern durch die Unternehmer verhindert, weil sie die schlechtesten und rückständigsten Verhältnisse tariflich festlegen und bessere Verhältnisse auf dieses Niveau herabdrücken wollten. Als wir gegen die rückständigsten Verhältnisse dann ankämpften, um die Grundlagen für einen Tarif auf fortschrittlicher Grundlage zu schaffen, da wurden wir vom Schutzverbände der Steindruckereibesitzer heftig angegriffen. Der Schutzverband aber war durch die wütendsten Tarifeinde im Unternehmertum begründet worden; die Tarifgemeinschaft dieser Gründer ging sogar soweit, daß sie sich an den Tarifverhandlungen vom Frühjahr 1906 garnicht beteiligten, sondern mit allen Mitteln versucht hatten, ihr Zustandekommen ganz zu vereiteln. Wenn ihnen dieses auch nicht gelang, so können sie doch wenigstens den nicht beneidbaren Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die Tarifverhandlungen durch ihre Hetzereien zum Scheitern gebracht zu haben. Die Begründer des Schutzverbandes, die bis auf den verstorbenen Dr. Gerschel auch heute noch an seiner Spitze stehen, waren also schon im Frühjahr 1906 schuld daran, wenn kein Tarif zustande kam und wenn das Gewerbe fortwährenden Beunruhigungen ausgesetzt ist.

Wer verstiepte also damals schon die Quere des Friedens? Wir, die Gehilfenschaft, unsre Organisation und unsre Verbandsleitung waren es nicht! Und die tarifeindliche 'Zeitschrift' muß das wissen! Trotzdem verteidigt sie dem stets tarifeindlichen Schutzverbände das Recht, so zu handeln, wie er 1906, 1910 und auch jetzt wieder gehandelt hat! Die Gehilfenschaft muß unbedingt als Sündenbock in die Wüste gejagt werden. Plut über eine solche Intoleranz.

Die Gehilfenforderungen sollen übertrieben sein, weil die 52 1/2 stündige Arbeitszeit nicht aufgegeben wird. Das glaubt doch kein vernünftiger Mensch! Statt dem tarifeindlichen Schutzverbände, dessen Gründer 1906 den Tarifabschluß hintertrieben und dadurch das Gewerbe dauernd beunruhigt haben, den Standpunkt klarzumachen, ist ihm ein tarifeindliches Blatt beihilflich, die Gehilfenschaft zu unterdrücken. Das nennt man einen kulinarischen Verfechtungsknoten im Gehirn eines scharfmacherischen Freundes.

Den vielen Familienvätern, die im Kampfe ums tägliche Brot stehen, gönnt man nicht das Salz in die Suppe. Doch die Gehilfen wissen, was sie wollen! Jedem das Seine! Was uns gebührt, werden wir erringen. Die jetzigen Teuerungsverhältnisse und die in den letzten fünf Jahren enorm gesteigerte Auflagenhöhe und Arbeitsintensität verlangen es. Und unser Wollen und Mögen ist Bürgerhaft dafür.

Das Weihnachtsfest 1911 hat gehalten, was die Verwaltungen den kämpfenden Kollegen voraus-sagten. Es wird allen Streikenden und Aussperrten, besonders den Familienvätern, eine bleibende Erinnerung sein. Aber die Hoffnungen des Schutzverbandsunternehmertums, daß die kämpfenden Kollegen zu Weihnachten in Massen umfallen würden, hat es nicht erfüllt. Und so wird es auch in Zukunft sein und bleiben müssen. Dann wird der Schutzverband niemals über uns triumphieren können. Unser Aller Wohl ist und bleibt und steht und fällt mit unsrer Organisation, komme es nun, wie es wolle. K. L., N.

II.

Wer wird später Ursache zu Reue und Ernüchterung haben?

„Gebt mir das Eure und laßt mir das Meine!“ das ist die Politik der Führer des Schutzverbandes den Mitgliedern gegenüber. Das Abbrechen der Vorbesprechungen mußte den Leitenden erwünscht sein. Sie, als Vertreter kapitalkräftiger Firmen, gewinnen nur dabei. Ein famoses Geschäft! Die Kleinen und die Kranken sterben, der Gehilfenverband wird geschwächt, und die Zukunft gehört ihnen. Mein Herz, was willst du noch mehr? Wenn trotzdem die übervorteilten Chefs die Politik des Vorstandes billigen, so kann man dessen Diplomaten nur bewundern. Gerissene Kerle müssen es sicher sein, denen so etwas gelingt.

Durch die Besprechungen haben wir Gehilfen wenigstens die Wünsche der Unternehmer kennen gelernt. Für uns ist hauptsächlich die effektive Arbeitszeit interessant. Falls jemand den Begriff effektiv nicht richtig verstehen sollte, so gestatte ich mir ein kleines Beispiel als Erläuterung: Man hat ein Bedürfnis. Man bittet den Ober um den Schlüssel. „Schon wieder? Sie waren ja gestern erst; ich glaube, Sie simulieren!“ Ein besonders pflichtgetreuer Antreiber wird es sich nicht nehmen lassen, hin und wieder persönlich zu kontrollieren.

Was die Weihnachtsfeier der Aussperrten anbelangt, so wird sie wohl ziemlich ungetrübt verlaufen sein. Die alljährlich übliche Flugwoche zur Vermeidung der Bezahlung der Feiertage konnte ja nicht vor sich gehen, daher fielen denn auch die sonst um diese Zeit so häufigen Existenzsorgen fort.

Die Weihnachtsstimmung vieler Prinzipale dagegen wird wohl durch die ihnen ungewohnte angestrengte Tätigkeit arg gelitten haben. Dazu kam noch oft eine böse Selbsterkenntnis über ihre beruflichen Fertigkeiten. Die hohen Streikbrecherlöhne bewiesen deutlich die Achtung, die die Chefs so plötzlich vor dem Beruf bekommen haben. Wenn man nun noch bedenkt, daß sie zum Teil trotz ihrer aufreißenden Beschäftigung um die Sommerfrische betrogen werden, so kann jeder mitfühlende Mensch das nur bedauern. Vielleicht ist das Dichterswort:

„Des Lebens ungemischte Freude ward keinem Sterblichen zuteil!“ ein Trost für sie.

Jedenfalls beweisen diese Unternehmer selbst die von ihnen so oft angezeufelte Wahrheit der Behauptung, daß viel Arbeit stets mit wenig Lebensgenuß verbunden sei. Ökonomische Köpfe haben sich wahrscheinlich schon damit abgefunden, daß eine Karlsbader Kur in diesem Jahre für sie unnötig ist, da sie jetzt schon ein erfreuliches Abnehmen ihres Körpergewichtes feststellen konnten. Spekulative Köpfe dagegen werden unwillkürlich den Gedanken bekommen haben, als Entfettungsinstitut (auch für andere Industriemagnaten) einen modernen Steindruckereibetrieb (ohne effektive Arbeitszeit) einzurichten.

In der letzten Nummer der Schutzverbandspresse ergeht man sich in nun wieder ziemlich kläglichem Drohen. Man meint, es gehe, falls nicht bald Friede eintrete, viel Arbeit ans Ausland verloren. Wir Arbeiter haben davon keinen Nachteil. Viele

Gehilfen, darunter auch ich, wandern gern aus. Deutsche Kräfte unseres Berufs werden ihrer Tüchtigkeit wegen im Ausland sehr geschätzt und doppelt honoriert. Das Reisegeld vergütet die Organisationen und als notwendigstes Gepäck genügt eine Zigarenkiste, in der unsre wenigen Habseligkeiten gut Platz haben. Dagegen kann man sich schwer vorstellen, daß ein Unternehmer seinen ganzen Betrieb im Reisekoffer transportieren kann.

Ich gestatte mir daher die offene Frage: Wer mag wohl später Ursache zur Reue und Ernüchterung haben?
F. A. H.

Ortsberichte.

Barmen. In der Versammlung vom 21. Dezember nahm die Barmer Kollegenschaft nach dem Bericht des Gauvertreter Kollegen Bauknecht Stellung zu dem Resultat der Verhandlungen vom 7. Dezember. Der Beifall, der dem Referenten gezollt wurde, bewies, wie die hiesige Kollegenschaft, die ebenfalls schon die 10. Woche im Kampfe steht, denkt. Die Diskussion ergab denn auch die vollinhaltliche Billigung der Haltung unserer Vertreter. Von diesen wird als Selbstverständlichkeit verlangt, solche Zumutungen, wie sie uns die Unternehmer geboten haben, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Aber auch das Kontrollsystem mit Stechuhrn, das das Lieblingskind der Unternehmer zu werden scheint, muß scharf bekämpft werden. Denn es ist geradezu menschenunwürdig, neben dem Aufsichtspersonal, das bereits in jeder Firma in zahlreichen Exemplaren von „Oben- und Unten-“ vertreten ist, noch mit den sogenannten Hundemarken hantieren zu müssen. Eine Resolution, durch die unsern Hauptvorstände und sämtlichen Führern nach wie vor das vollste Vertrauen ausgesprochen wurde, während sich andererseits die Kollegen aufs neue verpflichteten, einmütig so lange auszuhalten, bis ein günstiger, ehrenvoller Friede zustande kommt, wurde einstimmig angenommen. Am 25. Dezember fand eine von der hiesigen Gewerkschaftskommission veranstaltete Weihnachtsfeier statt, an der die am Ort noch in der Bewegung stehenden Metallarbeiter sowie unsere Kollegen teilnahmen. Die Feier wurde mit einem Lied eines Arbeitergesangsvereins eingeleitet. Eine kernige Ansprache folgte, worauf jeder eine Geldunterstützung, Tabak, Cigarren und Geschenke für die Kinder erhielt. Das Fest wird allen Kollegen dauernd in Erinnerung bleiben.

Frankfurt a. M. Eine wunderhübsche Weihnachtsfeier hatte hier echte Arbeitersolidarität den Streikenden und Ausgesperrten Kollegen und deren Angehörigen am ersten Weihnachtsfeiertage bereitet. Der kleine Saal unseres Gewerkschaftshauses war gedrückt voll. An weiß gedeckten Tischen wurden zunächst Kaffee und Kuchen serviert. Für die Männer war außerdem gesorgt durch Bier und Zigarren, soviel das Herz begehrt. Ein herrlich geschmückter von der Verwaltung des Gewerkschaftshauses gestifteter Tannenbaum prangte im schönsten Kerzenglanze. Der Vorsitzende unserer Mitgliedschaft, Kollege Kniedel, richtete herzliche Begrüßungsworte an die Erschienenen, dabei hervorhebend, daß unsere gerechte Sache gut stehe und daß sich kein einziger Abtrünniger gefunden hat, trotz aller Versuche, die nach dieser Richtung hin von den Unternehmern mit den verlockendsten Anerbietungen und Versprechungen gegenüber einer Reihe von Kollegen gemacht worden sind. Unser Verband hat alles getan, was in seinen Kräften stand, um den Kämpfenden durch eine angemessene Extratränterstützung die Opfer, die der Kampf jedem einzelnen auferlegt, während der Feiertage weniger fühlbar zu machen. Eine noch höhere Extratränterstützung in Form eines Mietzuschusses wird am 1. Januar ausgezahlt werden. Mit einem Appell, namentlich an die Frauen, der in der Zuversicht des nahen Sieges ausklang, schloß der Redner. Der Genosse Dorsch als Vertreter des Gewerkschaftskartells, dessen tatkräftiges, solidarisches Eingreifen in materieller Hinsicht die Kämpfenden in erster Linie die schöne Feier verdankten, wies sodann darauf hin, daß seine Organisation, der Verband der Buchdrucker, vor 20 Jahren in einem ähnlichen Kampfe gestanden habe, d. h. hauptsächlich für die Verkürzung der Arbeitszeit, einer durch und durch idealen Forderung und daß die Kämpfenden unter allen Umständen der Solidarität der übrigen Arbeitgenossen sicher sein könnten. Mit der Hoffnung auf baldigen Sieg schloß auch dieser Redner. Der Gesangsverein Senefelder trug durch hübsche Chorgesänge zur Verschönerung des Festes bei. Dann kamen unsere Kleinen an die Reihe! Wie blitzten ihre frohen Augen und welcher Jubel erscholl, als der Nikolaus erschien und mitteilte, daß er für jedes Kind seine Gabe bereit habe. Jedes wurde reich mit Obst, Nüssen, Lebkuchen usw. beschenkt, nicht zu vergessen der vielen Riesenbretzeln, gestiftet vom Frankfurter Konsumverein. Damit niemand hungrig vom Tische ginge, schleppten die Kellner noch Batterien der bekannten Frankfurter Leibespeise, Rippchen mit Kraut, herbei und jedermann labte sich von Herzen! Auch unsere Kleinen trugen zur Verschönerung der Feier bei: kede Puppen und frische Mädel delamierten hübsche Weihnachtsgedichte, die ungeteilten

Beifall fanden. Gegen den Schluß hin richtete dann unser Gauleiter, Kollege Schulze, noch einen herzlichen Appell namentlich an die Frauen. Er dankte denjenigen, die uns durch ihre edle Solidarität unsere prächtigen Feiertage bereiteten. Auch an dieser Stelle sei ihnen allen nochmals der herzlichste Dank ausgesprochen und die Zusicherung gegeben, daß auch die Solidarität der Frankfurter Lithographen und Steindruckner gegebenen Falles nicht versagen wird. Die Feststunden flossen nur zu schnell dahin, aber jeder schied mit dem Bewußtsein: diese Stunden hat dir wahre, echte, uneigennützigste Nächstenliebe bereitet! Wo dieses Bewußtsein, wie bei uns, noch so rein blühen kann, da wird ein scharfmacherischer Schutzverband noch eifrig harte Arbeit zu leisten haben, um uns zu bezingen.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen des Porträt-Photographen. Zentralnachweis: Wilhelm Hänlein, Berlin N. 28. Anklamerstr. 27, 1. Telefon-Amt III. 5246.

Angewandte Photographie.

Wenn es sich heute darum handelt, einen Überblick über den Stand der Photographie zu geben, so muß neben der künstlerischen und gewerblichen auch die wissenschaftliche Photographie berücksichtigt werden. Während aber an Büchern über die Amateur- und Kunstphotographie kein Mangel ist, fehlte es bisher immer noch an einer zusammenhängenden Darstellung des gesamten großen Gebietes der wissenschaftlichen und der angewandten Photographie.

Was die Photographie der Wissenschaft besonders wertvoll macht, was ihr den Vorzug vor der bloßen Okularbeobachtung gibt, das ist ihre Unbeständigkeit und Unermüdlichkeit. Das Auge läßt sich täuschen, es glaubt mancherlei zu sehen, was tatsächlich gar nicht vorhanden ist. Das Auge ermüdet auch bei längerem Hinsehen auf einen Fleck und sieht dann weniger als in der Tat vorhanden ist. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn sich zunächst die beobachtende Astronomie der Photographie als willkommenes Hilfsmittel bemächtigt hat. Und keinem Zweige der Astronomie gegenüber hat die Photographie versagt. Die Karten des Fixsternhimmels werden heute mit einer Leichtigkeit und Schnelligkeit entworfen, von der man zur Zeit der reinen Okularbeobachtung keine Ahnung gehabt hat und gleichzeitig gibt die systematische photographische Durchmusterung der Sternwelt das Mittel an die Hand, auch die Liliputaner unter den Wandelsternen dingfest zu machen. Das schnelle Anwachsen der Zahl der bekannten Asteroiden zeigt uns dies und es hat sich allgemein sogar eine Klasse berufsmäßiger Asteroidenjäger herausgebildet, die mit ihren photographischen Instrumentarien dem reduzierenden Astronomen immer genauere Unterlagen für seine Rechnungen beschaffen und so durch einen scheinbar müßig-unpraktischen Sport das ihrige dazu beitragen, die Störungseinflüsse kennen und werten zu lehren, denen die Bewegung der Weltkörper unterworfen ist. Auch die Vagabunden des Weltraums, die Kometen, hält das photographische Auge im Bilde besser fest als dies auch der beste Zeichner könnte, von jenen Sonnenporträts, Nebelflekbildern, Mondkarten und all den sonstigen Abbildungen der Wunder des Himmels garnicht zu sprechen. Kurzum die Astronomie hat es verstanden, sich eine stets dienstbereite Magd heranzuziehen. Noch etwas gibt es, das die Astronomen, oder besser die Astrophysiker, stark beschäftigt und bei dem sie der Photographie heute nicht mehr entraten können, nämlich die Spektralphotographie.

Auch die Meteorologie profitiert von der Lichtbildkunst. Speziell haben die Aufnahmen der leuchtenden Nachtwolken, die vulkanischen, in große Höhe emporgeschleuderten Aschenmengen entstammen, und in den äußersten Gebieten der Erdatmosphäre schweben, viele wissenschaftliche Fragen der Lösung näher gebracht und dem Meteorologen wie dem Astronomen und Geologen genützt. Sternwarten und meteorologische Observatorien haben sich zu gemeinsamer Beobachtung, Ausmessung und Höhenbestimmung dieser nun schon fast verschwundenen Gebilde zusammengetan, die kurz nach dem Ausbruch des Krakatau in der Sudanststraße auch im großen Publikum allgemeines Aufsehen erregten.

Natürlich hat sich der Meteorologe die Hilfe der Photographie auch nicht entgehen lassen für seine sonstigen Beobachtungen. Neben ausführlichen Wolkenatlanten fertigt er Aufnahmen von Sonnenringen, Mondhöfen und sonstigen Erscheinungen in der Physik der Atmosphäre und nicht minder schlaue und geschickte in der Benutzung der Lichtbildkunst sind alle anderen Naturwissenschaftler. Dem Botaniker, dem Zoologen, dem Anthropologen, ihnen allen liefert sie nicht nur Habitusbilder, sie gibt ihnen auch die einzelnen Stadien des Werdens und Vergehens wieder und in Verbindung mit der Kinetographie kann dann z. B. der Botaniker

aus homolog aufgenommenen Serien von Bildern verschiedener Stadien in kurzer Zeit vor den Augen des erstaunten Zuschauers einen Baum Blätter treiben und blühen, Früchte tragen und sich wieder entlauben lassen in wenigen Minuten den Kreislauf des Jahres vorführen! Ebenso wie der Botaniker bringt auch der Zoologe aus dem Urwald genaue Augenblicksbilder der geschauten Fauna mit, und die Zeit der Reisebeschreibungen, in denen von Ungeheuern und Seeschlangen erschreckend viel die Rede war, ist unwiederbringlich dahin. Auch der reisende Anthropologe vermag nicht mehr von Riesen und Zwergen zu erzählen, er müßte denn das Gesehene durch vergleichende Aufnahmen wissenschaftlich belegen. Statt dessen aber bringt er Abbildungen der Schädelbildung und dergleichen mit, die es ihm gestatten, zu Hause in aller Ruhe und ohne durch die Widerspenstigkeit des lebenden Objektes gestört zu werden, alle ihm notwendig erscheinenden Messungen und Vergleiche anzustellen.

Und gar der Pathologe! Ihm geht es hier wie dem Botaniker, auch er kann sich eine merkwürdige Hautkrankheit z. B. in allen Stadien kinematographisch stets wieder zurückrufen, er kann in fernem Laboratorien und Anatomien gewonnene Präparate mit seinen eigenen vergleichen ohne kostspielige Studienreisen und ihm bietet vor allem der nächste Verwandte der Photographie die Radiographie, die Aufnahme mit Röntgenstrahlen, ein wichtiges und unentbehrliches diagnostisches Hilfsmittel, dessen Leistungsfähigkeit noch keineswegs erschöpft ist.

Auch der Mineraloge und Geologe, der Kartograph, der Architekt, der Künstler, der Soldat, sie alle bedürfen der Photographie und kommen ohne sie nicht mehr aus. Wie aus Photographien der Ruinen von Baalbeck ein nie an diesem Ort gewesener Zeichner vollständig Grund und Aufbau wieder zu rekonstruieren vermocht hat, so kann der Photogrammetr Karten von Gegenden entwerfen, die sein Fuß nie betrat. Es können hinter der Front in sicherer Ruhe Pläne der belagerten, sich verteidigenden Festung gemacht werden. Es kann der Geologe durch fernphotographische Beobachtung eines unruhigen Berges Berggrutsche voraussagen. Es kann . . . kurz, das Können der Photographie ist unbegrenzt.

Auch unmittelbar ins tägliche Leben greift die Photographie ein: Der Geschworene im Mordprozeß erhält ein genaues Bild des Tatortes mit der Leiche des Ermordeten und all den Spuren, die der Mörder hinterlassen hat. Und wieder die Photographie ist es, die dem Richter als Zeugen dient und den Verbrecher überführt. Die Urkundenfälschung ist so wenig vor dem scharfen Auge der Photographie sicher wie der Fingerabdruck auf der Fensterscheibe. Die Fußspur im schmelzenden Schnee wird festgehalten und noch nach Monaten vermag mit Bestimmtheit nachgewiesen zu werden, daß oder das nicht der Angeklagte sie veranlaßt hat.

Zu denjenigen Problemen, an deren Lösung die wissenschaftliche Photographie in letzter Zeit besonders eifrig gearbeitet hat, gehört in erster Linie die Photographie in natürlichen Farben. Ganz ungemein zahlreich sind die Verfahren, die erfunden wurden, um das gesteckte Ziel in praktisch verwendbarer Weise zu erreichen.

Ein anderes Gebiet der wissenschaftlichen Photographie, das ebenfalls in letzter Zeit eifrig gefördert wurde, ist die Ballonphotographie, die übrigens zu den ältesten Anwendungsarten der Lichtbilderei gehört. Dem wagemutigen Forscher bieten sich hier immer neue, schwierigere Aufgaben und es sind, wie die Aufnahmen Spelterinis beweisen, mit Hilfe der Ballonphotographie Gegenden, die bisher noch keines Sterblichen Auge gesehen, aus den Wolken in Bildern festgehalten und erforscht worden, die uns die Kühnheit des menschlichen Geistes und die photographischen Leistungen in gleichem Maße bewundern lassen.

Aber das Gebiet der wissenschaftlichen Photographie wäre nicht vollständig, wenn man nicht auch ihrer Tätigkeit im Dienste der Presse gedenken würde. Gehört doch die Zeit dem Bilde; was man sieht, das glaubt man. Der Beschauer fühlt sich den Vorgängen und Personen direkt gegenübergestellt und glaubt dem Bilde mehr wie dem Worte, dessen subjektiver Schilderung er die objektive Berichterstattung durch die photographische Kamera gegenüberstellt.

Diesem ganzen ungeheuer weit verzweigten Gebiete ist das neuerdings von Wolf-Czapke im Verlage der Union Deutsche Verlagsgesellschaft herausgegebene Werk „Angewandte Photographie“ gewidmet. Das Buch bietet eine Fülle von Material zu Variationen über das Thema Anwendung der Photographie. Es ist, als wollte dieses Werk endlich mit der Präntation der Porträt- und Amateurphotographie, die Photographie zu sein, brechen, als sollte gezeigt werden, daß eigentlich diese präntöse Kunstphotographie doch nur einen kleinen und zwar den wirtschaftlich und kulturell am wenigsten bedeutenden Teil aller photographischen Betätigung ausmacht. Fritz Hansen.

Feuilleton.

Ein neues Jahr . . .

Ein neues Jahr . . . es kommt mit frohen Schritten Aus dunkler Tiefe licht empor zu Tage, Von lauter Lust begrüßt und stiller Klage, Und wild bestürmt von ungezählten Bitten.

Und zornig hebt das Volk, was es erlitten, Empor noch einmal, hebt's mit heißer Frage: Währt ewig denn das Unrecht und die Plage, Wird unser Recht auch nicht von dir erstritten?

Horch! Kampfmut dröhnt gewaltig aus der Tiefe Und sagt uns Antwort: meine ersten Tage Sind hartes Ringen, sind ein schwerer Streit.

Weh! jedem Knecht, der träumend sie verschleift! Erwacht, erwacht und krönt mich, daß man sage: Ein neues Jahr und eine neue Zeit! E. P.

Der Sieger.

(Eine Fabel, vielen Schafen zum ernststen Nachdenken.)

Bebend standen die Schafe im Pferd und drängten sich einander. Ihren Sinnen, den furchtschärften, hatte sich die Nähe der Raubtiere eher verraten als den Hirten, ja eher sogar als den grimmigen Hunden, die den Pferd bewachten.

Der Hammel Kojun hauchte: „Es sind Wölfe.“ „Zwei Wölfe“, lispelte Melehme, der durch die Balkenlücke ins Dunkel gespäht hatte.

„Drei Wölfe, laßt uns die Hunde wecken!“

Sie erhoben ein wimmerndes Biöken, davon der wachsamste Hund erwachte. Er horchte auf — spürte die Wölfe, und ohne Zögern stürzte er mit wütendem Gefaß an die Pforte des Eingangs, um Saryk, den Dieb, der sich eben einschleichen wollte, an der Kehle zu fassen.

Hui — waren scharf die Hunde zur Stelle — Hirten sprangen von der Bettstatt mit Beil und Flinten — Schüsse knallten — Geschrei — das Gurgeln der Gewürzten — das Jammern der Gebissenen — ein klagernder Sterberuf der Zerschmetterten heulte durch die Nacht.

Weit hinaus noch in den Schnee verfolgten Hirten und Hunde die flüchtenden Rudel Saryks.

Im Graben am Zaun lag, dampfend in ihrem Blute die Wolfsmutter und stöhnte:

„Mich wundern nicht die Schafe, die uns fürchten, denn sie fürchten für ihr Leben. — Mich wundern nicht die Menschen, die uns verfolgen — sie geizen um ihre Nahrung. — Doch mich wundern die Hunde. Was treibt sie, zorniger und strenger gegen uns zu sein, als es ihre Herren sind, die Hirten? Sind die Schafe der Hunde Eigentum? Dürfen die Hunde der Schafe Fleisch essen, ihre Milch trinken, ihre Wolle scheren? Warum vergessen die Hunde uns, daß wir ihr Geschlecht sind — hungrige, wilde Verwandte? Während sie, die satten, von alters her satten Verräter, ihren Bauch in üppiger Sklaverei mästen, streifen wir frei und elend durch Busch und Dorn — und haben keinen tolleren Feind dabei als unsere feinen Brüder . . . die Hunde . . .“

Mit diesen Worten verendete die Wolfsmutter im Graben am Zaun.

Da kehrten die Hirten reich beladen mit den erbeuteten Decken zurück. Rauffluchtig, mit Triumphgebell, umsprangen die Hunde ihre Gebieter.

„Es war ein harter Strauß, Brüder“, rief der älteste der Hirten, „wir wollen uns beim Wein stärken.“ — Junge bring die Beutler her! — Und sie setzten sich ans frisch entfachte Feuer.

Die Schafe hatten die Köpfe zusammengesteckt und eifrig beraten. Nun zwängte sich der alte Hammel Kojun durch die Gitterpfähle, erschien vor den Hirten und sprach:

Dank euch, ihr Herren, die ihr uns nährt und beschützt! Dank, heißen Dank euch und den Hunden allen, die ihr uns eben aus großer Gefahr befreit habt. Dank im Namen der Herde!

Freundlich nickte der alte Hirt. Schön, daß ihr Schafe unsre Fürsorge anerkennen. Unser Leben setzen wir oft genug für euch aufs Spiel — da ist es eure Pflicht, unsre Wohlthaten durch Liebe zu vergelten. — Geh hin, Kojun, und versichere die Herde unsrer ferneren Gnade.

Der Hammel ging. Sie tranken Wein. Da sagte einer: Seid ihr nicht hungrig, Brüder, nach der Jagd? Wie wärs, wenn wir Kojun, den alten Hammel, schlachteten?

Und sie schlachteten ihn. Er starb als Patriot.

(Proletarier.)

Vom Büchertisch.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Eine Antwort von Karl Kautsky. Zweite umgearbeitete Auflage. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 68 Seiten 8°. Preis 20 Pfg.

Die Schrift erschien erstmalig im Jahre 1903 als Antwort auf eine Broschüre eines Herrn H. Bürger, die von freisinniger Seite in großen Massen zur Agitation gegen die Sozialdemokratie verbreitet wurde. Da die längst widerlegte Bürgersche Broschüre auch im gegenwärtigen Wahlkampf wieder verbreitet wird, entspricht die Neuaufgabe der Kautskyschen Schrift einem Bedürfnis.

Handlungsgehilfen, technische Angestellte und Reichstagswahl! Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 20 Seiten 8°. Preis 15 Pfg.

Die wirksame Werbeschrift zeigt allen Privatangestellten, daß ihre Interessen wie die aller Arbeitenden und wirtschaftlich Abhängigen nur durch die Sozialdemokratie wahrgenommen werden.

Die englische Gefahr und das deutsche Volk. Von Eduard Bernstein. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 48 Seiten 8°. Preis 30 Pfg.

In Deutschland ist der Glaube an die „englische Gefahr“ selbst zu einer Gefahr geworden, und zwar zu einer sehr ernsthaften Gefahr. Bernstein will dieser Gefahr entgegenzutreten und behandelt zu diesem Zweck gründlich das Verhältnis zwischen Deutschland und England. Sie wird dazu beitragen, den Kriegshetzern gründlich das Handwerk zu legen.

Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 184 Seiten 8°. Preis gebunden 2 Mk.

Das Buch gibt in übersichtlicher Darstellung ein Bild des Werdens der Reichsversicherungsordnung. Es erwähnt und behandelt die Anträge, die von sozialdemokratischer Seite gestellt wurden und führt gleichzeitig die reaktionäre und arbeitfeindliche Stellungnahme der bürgerlichen Parteien vor Augen.

Führer durch die Reichsversicherungsordnung. VI. Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 80 Seiten 16°. Preis 30 Pfg.

Am 1. Januar trat der Teil der Reichsversicherungsordnung in Kraft, der die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung behandelt. Will der Arbeiter dabei keinen Schaden erleiden, bedarf er eines zuverlässigen Führers, zumal in Betracht kommt, daß die Hinterbliebenenversicherung ganz neu und die Invalidenversicherung in wesentlichen

Punkten abgeändert worden ist. Es sei hier nur auf die Beitragsregelung und die Rückerstattung der Beiträge verwiesen. Der vorliegende Führer behandelt alle wichtigen Punkte in eingehender und doch leicht verständlicher Weise, sodaß ihm weite Verbreitung zu wünschen ist.

Handelspolitik und Sozialdemokratie. Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen von Karl Kautsky. Zweite umgearbeitete Auflage. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 98 Seiten 8°. Preis 1 Mk., gebunden 1.50 Mk., Vereinsausgabe 50 Pfg.

Da zu den Aufgaben des neuen Reichstages die Regelung der Handelsverträge gehört, hat der Berliner Vorwärts-Verlag eine Neuauflage der bekannten Kautskyschen Schrift herausgebracht. Alle Arbeiter, die über die schwierigen Probleme der Handelspolitik Aufklärung suchen, sollten sich diese fesselnde und gemeinverständliche Darstellung anschaffen.

Schutzzoll Raubzoll. Von J. Karski. Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G., Leipzig. 47 Seiten 16°. Agitationsausgabe, Preis 10 Pfg.

Da unser Beruf unter der sogenannten Schutzzollpolitik mit am schwersten zu leiden hatte und alle Kollegen so recht am eigenen Leibe spüren können, daß Schutzzoll gleichbedeutend mit Raubzoll ist, sollte das billige Büchlein gerade in den Kreisen unserer Leser viele Bezieher finden. Die leichtverständliche Darstellung erleichtert sein Studium.

Kürschners Sechs-Sprachen-Lexikon. (Deutsch — Englisch — Französisch — Italienisch — Spanisch — Lateinisch. Herausgegeben von Hermann Hillger. Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage des Welt-Sprachenlexikons. Hermann Hillger Verlag, Berlin und Leipzig. Über 1000 Seiten Lexikonformat. Preis gebunden 6 Mk.

In den Zeitungsberichten kommen täglich fremdsprachliche Worte oder ganze Sätze vor, der Handel- und Gewerbetreibende erhält Briefe in fremden Sprachen oder muß solche selbst schreiben, und für die Schule werden die verschiedensten Wörterbücher gebraucht. Da ist das Erscheinen des sechs Sprachen umfassenden Lexikons eine wahre Wohltat für viele, die es angeht. Der außerordentlich billige Preis für ein Wörterbuch, das sechs andere ersetzt, gibt jedem, selbst dem Minderbemittelten, die Möglichkeit, sich in den Besitz eines so wertvollen Hilfsmittels zu setzen. Seinem Titel entsprechend enthält das Werk sechs Sprachen in einem Lexikon vereinigt, und zwar, wie anerkannt werden muß, sehr praktisch in zwei Alphabete geordnet: das erste enthält den Deutsch-Fremdsprachlichen, das zweite den Fremdsprachlich-Deutschen Teil. Diese Einrichtung ermöglicht das sofortige Auffinden eines jeden Wortes, aus welcher Sprache es auch stammen mag. Neben diesem Wörterbuche selbst, das natürlich den Löwenanteil für sich in Anspruch nimmt — es umfaßt 3648 Spalten — enthält das Werk noch sehr beachtenswerte Kapitel. So ist gleichfalls als Einleitung eine historische Übersicht einer jeden Sprache gegeben. Dem Wörterbuche folgt ein geographisches und ein Personennamen-Verzeichnis, eine Sammlung von Sentenzen, Redensarten, geübten Worten usw., ein Fremdwörterbuch und ein Verzeichnis der gebräuchlichsten Abkürzungen, die in dem betreffenden Lande angewandt werden. Der Briefsteller enthält eine Sammlung wichtiger, im privaten und geschäftlichen Leben vorkommender Briefe in deutscher, englischer, französischer, italienischer und spanischer Sprache. Bei der Fülle des Gebotenen und der Gründlichkeit der Bearbeitung wird das Werk zu seinen alten Freunden sicherlich viele neue erwerben.

Stellenangebote

Masch. - Retuscheure, nur erste Kräfte, finden sofort dauernde Stellung. Dr. Selie & Co., Berlin, 150) Zossenerstr. 55.

Modezeichner und Masch. - Retuscheure zum baldigen Antritt gesucht. Nur allererste Kräfte wollen sich melden. [240] Otto Flebbe, G. m. b. H., Graphische Anstalt, Hannover.

Ia. Positivretuscheur, welcher an selbst. Arbeiten gewöhnt ist, 45 - 48 Mk. pr. Woche. **Ia. Photograph,** welcher auch kop., 42 - 48 Mk. pr. Woche. **1 tücht. Federzeichner** für Klischees ges. Nur Herren, welche auf eine dauernde Stell. reflekt., wollen Zugnisabschr., Muster u. Gehaltsanspr. einschicken. Conrad Schönholz, 390) Breslau, Ohlauerstr. 43.

Tüchtige Retuscheure

perf. Fertigmacher für amerikanische Maschinenretusche u. für Drei- und Vierfarbendrucken gesucht. Offert. erb. unter Ang. der Gehaltsanspr., des Alters u. unter Beifügung von Mustern v. selbstgefertigten Arbeiten. [330] J. G. Scheller & Giesecke, Reproduktionsanstalt, Leipzig, Brüderstr. 26/28.

Reprod. - Photograph erledigt! 150) Kirslein & Co., Leipzig - Plagwitz.

Tüchtiger Metallretuscheur für Auto zum baldigen Eintritt gesucht. E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart, Hackstraße 77. [150]

Auto-Ätzer wünscht tüchtiger s. Stelle zu ändern. Geil. Offerten an W. d. Bal, 3 de Oosterparkstr. 152, Amsterdam.

Ia. Autoätzer

für dauernd gesucht. Nur erste Kräfte wollen sich melden bei [300] Hugo Horn, Leipzig, Kohlgartenstr. 24

Kopierer für Eiweiß u. Emaille sofort gesucht. Offert. mit Zeugnisabschr., Altersangabe u. Gehaltsans. an Emil Möllenberg Nachf., 150) Hamburg 36.

Dachschneider für Autotypie und Strich sofort gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschr. und Mustern selbstgefert. Arbeiten erb. von Krey & Sommerlad, Niedersieditz bei Dresden. [210]

Fräser u. Monteure sofort ges. Heussler & Co., G. m. b. H., Berlin SW. 68, Kochstr. 5. [120] **Messingstecher** E. Kulld, Harburg a. E., 120) Wallstraße 50.

Stellengesuche

Perfekter Kopierer, auch bejunger Photo-Litho. wünscht sich zu verändern. Geil. Offerten erbeten E. L. v. d. Berg, Lauriergracht 160, Amsterdam. [100]

Verschiedenes

„Matt-Lack“ Bester Farbenzusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3.50, bei 10 Kilo Mk. 3.-

„Harmalein“ Vorzüglicher weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3.50.

„Bronsol“ Gibt feststehende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4.-. **Gegen Nachnahme.** Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. F. Hantke, Hamburg 22, Woldenrterstr. 60. [300]